

Bezugspreis:

Retellerei 30.—, monatlich 10.—, vierteljährig 30.—, halbjährig 60.—, jährlich 120.—, ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 16. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Die polnische Geheimorganisation.

Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien hat dem Präsidenten der Interalliierten Kommission in Opatowitz, General Le Rond, am 14. September folgende Note übergeben:

Die Deutsche Regierung ist im Besitz von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Anordnungen, von Meldungen und Befehlen, die in ihrer Gesamtheit einen neuen Beweis für die

Abtät einer gewaltsamen Befreiung Oberschlesiens und für das Bestehen einer hierzu geschaffenen geheimen polnischen Kampforganisation erbringen. Es darf anheimgestellt werden, die Originaldokumente im Auswärtigen Amt durch einen Bevollmächtigten einsehen zu lassen. Aus dem Material ergeben sich folgende Einzelheiten, die zum Teil auch den Schlüssel zu den Vorgängen der letzten Wochen liefern.

Das gesamte Abstimmungsgebiet ist von der geheimen Organisation in 9 Bezirke gegliedert, die unterteilt nach den landräthlichen Kreisen, 74 Rayons umfassen. Innerhalb der Rayons sind Zehnerschaften organisiert, die die kleinste Kampfeinheit darstellen. Jeder Rayon muß mindestens verfügen über eine Sturm- und eine Maschinengewehr-Zehnerschaft, um die sich Infanterie-Zehnerschaften gruppieren. Die Zehnerschaften bestehen aus besonders verpflichteten Ortsangehörigen. Nach dem Stand vom 1. Juli 1920 zählte diese Organisation 11730 Köpfe.

Daneben besteht die in die Rayons eingegliederte Hilfsorganisation des „polnischen Selbstschutzes“ der Häuten, Gruben, Eisenbahn, Sport- und Gefangenenvereine (Sokol). Zu ihr gehört auch der

„Verband der Hallertruppen“, der Anfang Juli bereits 3000 Mann umfaßt und dessen Mitglieder durch Vermittlung des polnischen Roten Kreuzes in Preußen ihren militärischen Sold weiter erhalten.

Aufgabe der Hilfsorganisation ist die überraschende Wegnahme der industriellen Anlagen und Eisenbahnen sowie die Verhinderung unerwünschter Transporte.

Die Leitung der gesamten Organisation ruht bei dem „Obersten Kommando“, das auf polnischem Boden in Sosnowice seinen Sitz hat, und dem die 9 Bezirke unmittelbar unterstellt sind. Dem „Obersten Kommando“ liegt die

Berständigung mit den polnischen „höheren Behörden“ ob. Aufgabe der Organisation ist, sich der sogenannten „Operationsbasis“ zu bemächtigen. Diese umfaßt die Kreise Tarnobrzeg, Beuthen, Hindenburg, Kattowitz und Pleß, also den Hauptindustriebezirk. Zur Durchführung der Aufgabe sollen aus einem Teil der Einheiten dieser Kreise drei Bataillone Infanterie, eine Stoßtrupp- und eine Maschinengewehrkompanie überaus rasch zusammengezogen werden, um die Westgrenze der Posa, etwa in Linie Koschulin—Soszona—Dembina, zu besetzen. Die übrigen Einheiten, formiert zu einem Bataillon Infanterie, 3 Stoßtrupp- und 3 Maschinengewehrkompanien, sollen unterhält vom „Selbstschutz“, die in der Posa gelegenen Städte nehmen und etwaigen deutschen Widerstand brechen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10 000 Mann gerechnet, darunter die oben erwähnten 2000 Mann vom „Verband der Hallertruppen“.

In enger Verbindung hiermit steht ein Aufmarschplan, nach welchem auf polnischem Boden bereitgestellte Streitkräfte sich zu gegebener Zeit

des gesamten Abstimmungsgebietes bemächtigen sollen. Diese Streitkräfte versammeln sich bei Gzenstochau, Wendzin, Sosnowice, Jaworzno-Jelen und Oswiecim. (Also auf kongreßpolnischem Boden. Die Red.) Der Plan sieht vor: Bahntransport bis in die Linie Lublitz—Lobau im Kreise Abnitz, von dort entweder weiterer Bahntransport oder Fußmarsch auf besonders zugewiesenen Marschstraßen bis zur Westgrenze des Abstimmungsgebietes mit anschließender Befreiung der Grenze.

In einem Operationsbefehl vom 11. Juli 1920 mit der Unterschrift „Zoscy“ alias Raslowski, Chef des Stabes, wird im Interesse der Geheimhaltung

befohlen, es solle den eigenen Leuten borgespiegelt werden, daß der Zweck der Organisation die Abwehr einer deutschen Ueberrumpfung sei.

Die Deutsche Regierung beehrt sich, der Interalliierten Kommission den Vorstehenden Kenntnis zu geben. Sie glaubt, gerade im gegenwärtigen Augenblick ihre früheren Warnungen einbringlich wiederholen zu sollen, weil sie zuverlässige Nachrichten von einer

in Vorbereitung befindlichen polnischen Aktion

hat. Ein schweres Verhängnis, für das die Interalliierte Kommission die Verantwortung tragen würde, ist von dem Abstimmungsgebiet nicht mehr abzuwenden, wenn nicht schleunigst die durch den August-Aufstand geschaffenen Zustände beseitigt und die polnischen Vorbereitungen für neue Aufstands-bewegungen unterdrückt werden.

Soweit das bereits in den Händen des Generals Le Rond befindliche Dokument. Es stützt sich auf ein außerordentlich umfangreiches Material, das vor mehreren Wochen von einem Postwächter auf der Strecke Beuthen—Sosnowice einem polnischen Kurier abgenommen worden ist. Nach eingehender Prüfung durch die deutschen Regierungsstellen ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß die Echtheit dieses Dokuments nicht bezweifelt werden kann. Erst als man zu dieser Ueberzeugung gelangt war, ist der amtliche Schritt der Notenerhebung erfolgt. Rumrühr haben Le Rond und die Entente das Wort.

Aber auch die polnische Regierung, die durch das Material schwer belastet ist, wird sich u. a. darüber äußern müssen, wie amtliche polnische Stellen (das Polnische Rote Kreuz, mit dessen Stempel einzelne Dokumente versehen sind, untersteht dem Warschauer Kriegsministerium und dem Warschauer Wohlfahrtsministerium) dazu kommen, an einer Organisation beteiligt zu sein, die das Ziel verfolgt, unter Bruch des Versailler Friedensvertrages das Deutsche Reich zu zerschlagen. Das „Oberkommando“ dieser Organisation hat seinen Sitz auf polnischem Boden und die „höheren“ Stellen, mit denen dieses Oberkommando in Verbindung steht, können nur Warschauer Regierungsstellen sein. Wer zahlt den Soldaten der Hallerischen Armee die für die Polenorganisation besonders beurlaubt sind, ihren Sold weiter, wenn nicht der polnische Staat? Und wie kommt es, daß die militärischen Ausdrücke, die in den beschlagnahmten Dokumenten vorkommen (Evidenzbureau und dergleichen), dem Vorkriegsdeutsch des ehemaligen I. u. L. Heeres entnommen sind? Offenbar sind die militärischen Organisatoren frühere österreichische Generalstabsoffiziere, die nunmehr in der polnischen Armee Dienst tun. Das sind ganz unhaltbare Verhältnisse, und die Entente hat die Pflicht, nachdem sie Deutschland die Möglichkeit genommen hat, sich sein Recht zu verschaffen, und da sie sowieso die Verantwortung für Oberschlesien trägt, durchzugreifen und dem Treiben der Anstifter und Genossen endlich ein Ende zu machen. General Le Rond, der bereits so schwere Unterlassungssünden auf dem Gewissen hat, wird sich nunmehr, falls ein neuer Polenaufruch ausbrechen sollte, nicht mehr dahin ausdrücken können; daß er durch die Ereignisse überrascht worden sei.

Deutsch-polnischer Gefangenenaustausch.

Am Montag hat in Stettin seit dem 4. August der dritte deutsch-polnische Gefangenenaustausch stattgefunden, und zwar wurden 31 bisher in Polen zurückgehaltene Deutsche freigegeben. In letzter Zeit wird dem Bestreben des Auswärtigen Amtes, die Freilassung Reichsdeutscher herbeizuführen, polnischerseits entgegengekommen. Auch die Unterbringung der Gefangenen im Kernwerk in Polen gibt zu Beanstandungen keinen Anlaß mehr, wie der deutsche Fürsorgekommissar auf Grund persönlicher Besuche bestätigt.

Angehörige von Deutschen, die in Polen zurückgehalten werden, tun gut, dem Auswärtigen Amt, Referat Polen, sobald wie möglich hierbon unter genauer Angabe der Einzelheiten Kenntnis zu geben.

Die Nachrichten, die wegen der Zustände im Kriegsgefangenenlager Tuchel vor kurzem durch die Presse gingen, sind zum Gegenstand genauer Feststellungen gemacht worden. Ebenso sind Schritte eingeleitet, um die Freilassung der aus Oberschlesien verschleppten Deutschen herbeizuführen.

Der deutsche Gesandte in Warschau teilt mit, die polnische Regierung habe sich in der Frage der Rückführung der Soldauer Rücksicht auf Verhandlungen an Ort und Stelle bereit erklärt. Bevollmächtigte sind bestimmt.

Frische Verlustliste.

Nach einer Londoner Meldung wurden in Irland bisher über dreitausend Nordaten und Gewalttätigkeiten gemeldet. Vom 1. Januar 1919 bis zum 4. September d. J. wurden 99 britische Soldaten getötet und 203 verwundet, von der Zivilbevölkerung wurden 21 Personen getötet und 56 verwundet. 60 Gerichtshöfe und 469 Soldatenbaracken wurden zerstört, 364 Postzüge und 1610 Waffentransporte angegriffen.

Die britische Regierung will die englandtreuen Ulster-Freiwilligen bewaffnen. Man rechnet auf mehr als 100 000 Mann. Die katholische Grenzpresse protestiert lebenschaftlich.

Nach „Evening News“ ist der Beschluß der britischen Regierung, den Bürgermeister von Cork nicht freizulassen, unwiderstehlich.

Ungarns Mörderbilanz.

Ein ungarischer Genosse schreibt uns:

Der vor dem Budapest Militärgericht geführte Prozeß gegen die Mörder des am 31. Oktober 1918 erschossenen Grafen Tisza hat mit der Beurteilung des Marinesoldaten Dobo und des Fähnrichs Szankowjatz zum Tode durch den Strang geendet; der Oberleutnant Gattner wurde zu 15 Jahren schweren Kerker, ein gewisser Bogowilhelm zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Man hat allen Grund zu der Annahme, daß der Reichsverweiger Gorthy von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen wird, liefern doch die Ururteile, mehr oder minder gutwillig, das so ungeheuer belastende Material gegen Gorthys augenblicklich stärksten Widersacher Friedrich.

Die ganze Verhandlung bildete den Auftakt zum Kampf zwischen dem „Thronfordernden“ Reichsverweiger Gorthy und Friedrich, dem spiritus rector schärfsten und ausdauernden Kampfes gegen ruhigere Verhältnisse. Der Urteilspruch scheint der Trostpreis für die aus maßvoller Rechtspflege seit langem verbannte Gerechtigkeit zu sein. Ein Trostpreis — und zugleich ein Plaster auf die Ehre der Richter, die von den Anhängern Friedrichs der Parteilichkeit für die Angeklagten beschuldigt wurden, da diese gegen Friedrich ausgingen.

Als nach dem Sturze der ungarischen Käterherrschaft die Nachforschungen nach den Mördern Tiszas unter äußerem Druck einsetzten, bemühten sich Polizei und Gericht, alle Spuren und Aussagen, die eine Mitläufer- oder Mitwisserschaft Friedrichs nur andeuteten, zu vernichten oder ins Gegeßel zu verkehren. Friedrich war damals Ministerpräsident! In diese Zeit fällt auch die Verhaftung der Journalisten Fennes und Keri, Mitglieder des Nationalrats des Revolutionsausschusses, die man gleichfalls des Mordes beschuldigte. Diese beiden mußten verhaftet werden, da sie über manches orientiert sein konnten. Ihre Aussagen im imilitärischen Teil des Tisza-Prozesses deuten gleichfalls die Mitwisserschaft Friedrichs an. Je nachdem Macht und Aussichten Friedrichs größer oder kleiner wurden, sind die Aussagen der „Angeklagten“ und Zeugen entsprechend berichtigt worden. Der Selbstmord des Untersuchungsrichters Kodacs im November v. J., der die Vorbereitungen zuerst gelehrt hatte, ist auf die verschiedenen Einflüsse, die auf ihn eingewirkt haben oder einwirken wollten, zurückzuführen. Die Angeklagten selbst gaben in der Verhandlung zu, ihre Aussagen öfters zurückgenommen und wieder richtiggestellt zu haben, da sie nie richtig wußten, was für sie das Vorteilsbeste sei — außerdem „besürchteten sie weitere Folgen“. Wer die Justiz des weißen Kurzes kennt, weiß, daß diese Besürchtungen nicht unbegründet waren. Nur in einem Punkt stimmten die letzten Angaben der Angeklagten auffallend überein: bezüglich der Teilnahme Friedrichs an der Vorbereitung des Mordes. Einer der Angeklagten behauptete sogar, daß zur Zeit der Ministerherrschaft Friedrichs man ihm — den Angeklagten — zur Flucht hatte verhelfen wollen.

Das Gericht, das in seiner Eigenschaft als „Königlich“ ungarisches Militärgericht seinem „Kriegsherrn“, dem Reichsverweiger Gorthy, jedweden Dienst zu leisten bereit ist, handelte nach dem Gundsatz des „näheren Hemdes“, wenn es selbst bei der Fragestellung stets auf Friedrich anspielte, um die Aufmerksamkeit seinen Augenblick von Friedrich abzulenken zu lassen. Mit der Kompromittierung Friedrichs soll aber auch die ganze Karolhi-Revolution und der damalige ungarische Nationalrat vor jenem großen Teil der ungarischen öffentlichen Meinung, der noch immer fest an die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Herbitrosen- (Mstern-) Revolution glaubt, und in ihr den langersehnten Traum ungarischer Unabhängigkeit, die Fortsetzung von 1848 sieht, diskreditiert werden. Es soll dem Bauern, der Boden versprochen bekommen, aber nicht erhalten hat, die „Niedertracht“ der Karolhi-Revolution klar gemacht werden. Deshalb wird der ganze Nationalrat der Urheberherrschaft des Mordes an Tisza und der Zerrüttung der Armee beschuldigt, die den Verlust des größten Teiles des Landes nach sich gezogen habe. Die Oktoberrevolution wird als Meuterei hingestellt, um den Grundsat der Rechtskontinuität und damit die Fiktion der „ruhenden“ Königsgewalt aufstellen zu können, d. h. eines Tages den Karl auf den ungarischen Thron zu setzen.

Eweilert die Wiedereinsetzung Karls an dem Widerstand der Reinen und großen Entente, so ist der gegebene Mann kein anderer als Gorthy — der Legitimist!

Friedrich, der in der Karolhi-Revolution immerhin eine Rolle gespielt hat — wie er sagt aus nationaler, patriotischer Begeisterung —, ist für ein nationales Königtum und will von Karl oder Gorthy nichts wissen. So bekämpfen sich der ehemalige Kriegsminister und sein einstiger Oberkommandant auf das Erbitterteste. Gorthy hat einen Teil der Armee, vor allem die älteren Offiziere, für sich, Friedrich die jüngeren Offiziere und den Verein der Erwachsenen Madjaren. Friedrich setzt sich mit allen Mitteln zur Wehr.

Seinen Anhängern, denen es nur darum zu tun ist, die innerpolitische Lage immer verworrener zu gestalten, gelang es im Parlament durchzusetzen, daß die Immunität Friedrichs nur bedingt und recht veräußert aufgehoben wurde. Sowohl im Parlament als im Gerichtssaal und in der Öffentlichkeit wurde für Friedrich eine äußerst scharfe Kampagne geführt. In der Hitze des Kampfes sagte z. B. der Abg. Greky in der Nationalversammlung unwürdigerweise, er begreife die ganze Sache gegen Friedrich nicht, es seien ja noch andere Morde ungeführt, deren Täter man ebenfalls wisse. Es wurde auch der Majorauditor Styška von den Friederizianern öffentlich beschuldigt, Klagen gegen Friedrich durch Drohungen und Mißhandlungen erzwingen zu haben. Alles wird aufgehoben, um Friedrich reinzuwaschen, um diesen Abenteuerer zu schützen und um seine Gegner einzuschüchtern.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß der Verein Erwachender Madjaren am Tage der Pöböyers im Tisza-Prozess (die übrigens eine merkwürdige Auffassung über die Pflichten des Verteidigers zeigen) seine Tagung abhielt. Dieser Verein, dessen Auflösung bereits verschiedene Male befohlen wurde, ist bekanntlich der Urheber und Anführer aller Arbeiter- und Judenverfolgungen. Seine Tagung forderte eine tatkräftige energische christliche Politik, in erster Linie müßten die Juden aus allen öffentlichen Ämtern verschwinden, ein Jude darf keine führende Rolle spielen, weder im geistigen noch im wirtschaftlichen Leben. Kein Jude darf in Zukunft Lehrer oder Chefredakteur bleiben. Destruktive Zeitungen sollen fortan mit der Eisenbahn nicht befördert werden, ihre Redakteure — gemeint sind „Bilag“, „Az-Est“, „Pest-Raplo“ — sollen strafrechtlich verfolgt werden. Die gleichen Beschlüsse sind auch auf Freimaurer und andere destruktive Elemente anzuwenden.

Damit neben dem wahnwitzigen Rassenpartakismus auch die Komit zu ihrem Recht kommt, soll im Rahmen des Vereins eine Gruppe „Erwachender Pagen“ zur Pflege der Ideen des christlichen Ungarns errichtet werden, damit der Satz ja recht früh einsetzt! Ferner ist „beischlossen“ worden, daß jedes Mitglied des Vereins einen Kredit von 5000 Kronen hat; bei wem, wozu, warum ist nicht gesagt — immerhin können sich die nächsten „individuellen Aktionen und verantwortlichen Elemente“ auf einen „Beschluß“ berufen. Die Tagung schloß mit der Erklärung: „Keine Macht kann uns zwingen, einen der Nation feindlich gesinnten Förderer — den wir unter allen Umständen auszumergen gewillt sind — im Lande zu behalten.“

Brügelstraße, Judenpögelei der Hochschulen, mittelalterliche Lebensverfassung, Soriakeit, Pogrome, tiefstes finsternes Mittelalter — das ist die Bilanz des christlichen Saurtes in Ungarn. Glauben denn diese Leute wirklich den elementaren Kräften der notwendigen, unausbleiblichen Entwicklung trotzen, Einhalt tun zu können? Und sie bewegt sich doch!

Scheidemann gegen den Regierungseintritt.

Kassel, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vortwärts“.) In einer heute abend abgehaltenen Versammlung der Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei sprach Genosse Scheidemann über die politische Lage. Scheidemann führte unter anderem aus:

Ein merkwürdiges Geräusch geht durch die Lande wegen des angeblich bevorstehenden Wiedereintritts der Sozialdemokraten in die Reichsregierung. Sind die von mir vorhergesehenen Ereignisse eingetreten, die es der S.P.D. als zeitgemäß erscheinen lassen könnten, die Würde des Regierens — was man unter der Ententefuchtel regieren nennt — auf sich zu nehmen? Nein, im Gegenteil, die Zustände haben sich derart verschlimmert, daß wir froh sein können, nach den Wahlen eine

Taktik eingeschlagen zu haben, die damals ebenfalls richtig war und zur Stunde richtig ist. Nun in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, das ist ein Prinzip vergangener Kaiserzeit. Als politische Parole lehne ich sie ab.

Wir gehen schlimmen Zeiten entgegen.

Kartoffelkuchen und Lebensmittelpol, Wohnungsdelikt schlimmster Art, Steuerfalschungen, Kohlennot und Protest im Hause, Arbeitslosigkeit und graues Elend auf unabhörbare Zeit. Das haben wir alles vorausgesehen, und da die um Helfferich und Stresemann im Wahlkampf plausibel gemacht haben, daß nur sie das Volk retten könnten, weil die bisherigen Regierer unfähige Trottel, schlechte Kerle, Reisende in Spülklosets usw. gewesen seien, war es nicht zu verwundern, daß Millionen auf diese Propheten hineinfielen und nun auf die versprochenen Laten pochen. Ich verstehe den Ruf nach der Hilfe der S.P.D.

vollkommen, aber er muß und zuzweit noch kalt lassen; nicht etwa aus persönlicher Verärgerung, die im politischen Leben keine Rolle spielen darf, sondern aus rein sachlichen politischen Erwägungen. Im Juni hätte die S.P.D. ohne Stresemanns Weisgabe, aber nicht ohne einen sozialdemokratischen Reichszugler die Regierung übernehmen können. Jetzt ist ein Zentrumsmann Reichszugler und ehemalige konservative und nationalliberale Männer beidene wichtige Ämter in der deutschen Regierung. Ich berufe mich gar nicht auf die im Sommer von Genossen Hermann Müller ausgegebene und dann von der Partei übernommene Parole: unter keinen Umständen in die Regierung mit der Deutschen Volkspartei einzutreten. Man hat Beispiele, daß sogar offizielle, nicht so persönlich ausgesprochene Parolen nachher nicht beachtet worden sind, aber jetzt kann die S.P.D. noch weniger mit Stinnes-Leuten eine Regierung bilden wie früher. Was uns einzig und allein retten kann, ist eine

vollkommen sikkare Politik,

die auch einseitig geführt werden muß. Wir müssen in kürzester Zeit die

restlose Sozialisierung des Bergbaues

durchführen, um nur ein Ziel zu nennen. Das ist nicht zu machen, wenn ein zentrumsparteilicher Reichszugler von sozialdemokratischen Ministern nach vorn geschubst, von demokratischen Ministern nach links, von volksparteilichen nach rechts gezogen wird. Die „Frankfurter Zeitung“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß die Basis der gegenwärtigen Regierung zu schwach sei; aber die Basis der Regierung wird nicht tragfähiger, wenn die volksparteilichen Mitglieder auscheiden und sozialdemokratische Mitglieder eintreten. Die U.S.P. die jetzt eine schwere Krise durchmacht, von der ich wünsche, daß sie mit einer demokratischen Genesung ende, hat bis zu einem gewissen Grade die rein bürgerliche Regierung gesichert. Treten die Sozialdemokraten wieder ein, so wird sie sofort ihre stärksten Kräfte aufbrechen und durch den Kanonendonner versuchen, über das Kräftern und Krachen in ihren Reihen hinwegzukommen. Lächerlich erscheinen mir auch die berühmten sentimentalen Gesichtspunkte. Vor einiger Zeit konnte man auch in der Presse lesen, daß man den Sozialdemokraten, wenn sie wieder in die Regierung eintreten, entweder das Amt des Reichspräsidenten oder das des Reichszuglers zu überlassen bereit sei. In einem großen demokratischen Blatte wird daran erinnert, daß die Neubildung des Reichskabinetts eng verknüpft sei mit — der in diesem Jahre noch fälligen

Wahl des Reichspräsidenten.

Man merke die Absicht, wird aber nicht verstimmt. Die bürgerlichen Parteien sind in Verlegenheit, weil sie keinen Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft haben. Deshalb locken sie: wir schließen euren sozialdemokratischen Kandidaten, den bisherigen Präsidenten, aber dann müßt ihr wieder in die Regierung eintreten, ohne Anspruch auf den Reichszuglerposten. Der Reichspräsident wird nach der Verfassung vom Volke

gewählt. Versprechungen der nichtsozialdemokratischen Fraktionen dürften daher nicht allzu viel Bedeutung haben. Viele der Wähler, die die Herren Gehler, Stresemann, Fehrenbach usw. als Abgeordnete gewählt haben, werden sich unter gar keinen Umständen entschließen können, einen Sozialdemokraten als Reichspräsidenten zu wählen. Aber abgesehen davon, wir dürfen und können und auf solche politischen Geschäfte nicht einlassen. Die „Tägliche Rundschau“, die, wie die „Frankfurter Zeitung“ betont, veritagsmäßig den Deutschlandern und der Deutschen Volkspartei gleichermaßen ergeben ist, schreibt:

„Der Eintritt der Sozialdemokratie in die gegenwärtige Regierung wird einfach zum Bankrott der nach dem 6. Juni gebildeten Koalition oder zur Komödie führen; vielmehr sollte die Regierungspolitik darauf eingestellt werden, den bürgerlichen Charakter zu betonen und damit die Wünsche des Volkes zu erfüllen, die am 6. Juni zur Lage getreten sind.“

Die Wünsche, auf die das Blatt verweist, sind die Versprechungen aller derer, die im Juni die „Lottewirtschaft“ der Sozialdemokraten angriffen. Mögen die jetzt ihre Versprechungen erfüllen. Sie wollten durch Aufhebung der Zwangswirtschaft Kartoffeln, Brot, Fleisch und Kohlen beschaffen, sie wollten die Finanzen sanieren, die Arbeitslosigkeit beseitigen oder wenigstens einschränken, den Friedensvertrag mildern und dergleichen mehr. Wir müssen den Herrschaften

gerechterweise noch etwas Zeit lassen,

ihre Versprechungen zu erfüllen. Es ist an uns, festzustellen und die Bedingungen zu formulieren, unter denen die S.P.D. wieder in die Berliner Wilhelmstraße einzieht.

Die preussischen Finanzen.

Von zuständiger Stelle wird den „P. V. N.“ geschrieben: In der Presse wurde fälschlich die Nachricht verbreitet, daß der Preussische Landesversammlung eine Denkschrift zugehen würde, welche die preussischen Finanzen als gerettet darstellt und eine Sanierung des Finanzwesens verlangt, aber keine bestimmten Steuerprojekte enthält. Diese Meldung ist dahin richtigzustellen, daß eine Denkschrift nicht geplant ist, vielmehr hat das Preussische Finanzministerium bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher bestimmte Vorschläge für eine Deckung des Fehlbetrages des laufenden Jahres und der zu erwartenden Fehlbeträge der nächsten Jahre durch Erhebung von Landessteuern enthält. Der Entwurf, der zurzeit dem Staatsministerium und den einzelnen Ministerien vorliegt, bringt deutlich zum Ausdruck, wie kritisch die Finanzlage Preußens ist, und er weist nach, daß nur durch greifende Maßnahmen eine Gesundung erträglich ist.

Der preussische Finanzminister hofft bestimmt, daß die Preussische Landesversammlung sich der Erkenntnis der außerordentlich schwierigen Finanzlage Preußens nicht verschließen wird und bereit ist, dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben, da sonst eine Verantwortung für die Weiterführung der Finanzverwaltung nicht übernehmen kann. Er steht auf dem Standpunkt, daß gleichzeitig sowohl eine starke Einschränkung der Ausgaben, als eine Schaffung neuer Einnahmen unvermeidbar ist.

Die Neuordnung des Polizeiwesens.

Die über die Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Sebering abgehaltene Sitzung zu der sämtliche Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und außerdem auch Vertreter der anderen preussischen und Reichsministerien geladen waren, hat — wie wir hören — zu einer Uebereinstimmung geführt. Die Aussprache über das Ergebnis gezeitigt, daß in Anbetracht der von der Entente erhobenen Forderungen die Polizei nach den Richtlinien des im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Planes umzugestaltet ist. Donnerstag abend wird dieselbe Angelegenheit im Hauptausschuß der Landesversammlung und unmittelbar darauf im Staatsministerium erörtert werden. Sobald das geschähen ist, werden die Organisationsänderungen veröffentlicht werden.

Gegen den Haß.

Ein Appell an die Vernunft.

Wahnwitz über Wahnwitz. Verrücktheit über Verrücktheit. Ist denn die Welt völlig zum Tollhaus geworden? Warum diese Pögelei von Kraftwörtern? Eine Leitungsnot.

Nach dem Friedensvertrag von Versailles sollen in Ziel 200 Flugzeugmotoren radikal zerschlämmt werden.

Der Gesamtbetriebsrat der Kiefer Werk verlangte von der Interalliierten Kommission, daß die Flugzeugmotoren nicht zerschlämmt, sondern zu friedlichen Straßenbahnmotoren umgebaut werden sollen.

Doch die Verrücktheit: Die Interalliierte Kommission, in der die allesvermögenden, allweisen Militärs sitzen, bestehen, wie Schylock in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“, auf ihrem Schein.

Doch wieder zur Vernunft.

Der Gesamtbetriebsrat fordert die Arbeiter auf, ihre Hand nicht diesem wahnwitzigen Werk an zu leihen.

Wer wird nun sagen: Der Friedensvertrag von Versailles? Der Schylock-Mein, die Interalliierte Kommission oder der Gesamtbetriebsrat, die Arbeiterkassen? Unvernunft oder Vernunft?

Eine Rechnung: Ein Flugzeugmotor kostet heute etwa 150 000 Mark. 200 Flugzeugmotoren haben also einen Wert von 30 Millionen Mark. 35 Millionen Mark sollen aus purem Rachegefühl wertlos gemacht werden.

Ein von Herzen kommender Appell an die Entente, an die Interalliierte Kommission: Wehret ruhig auf eurem Schein, Kriegswaffen laßt zerstören. Oder laßt sie wenigstens zu Werkzeugen des Friedens umarbeiten. Kanonen zu Pflugscharen, Flugzeugmotoren zu Straßenbahnmotoren!

Seid weise und gerechte Richter!

Stellt meinestwegen Bedingungen an diese Umwertung!

Ein Ratichlag: Die 35 Millionen sollen armen unterernährten Kindern in Gestalt von Milch, unentgeltlichem Landaufenthalt zukommen.

So könnt ihr aus Bösem Gutes schaffen.

Nacht Euch nicht wie Schylock nur von dem Gefühl der Rache leiten.

Sonst werden sich doch eini weise und gerechte Richter finden, die über euch zu Gericht sitzen werden. Die Vernunft des internationalen Proletariats und des Proletariats eurer eigenen Länder wird euch einst doch die unwürdigen Köpfe zurechtzücken.

Euch Militaristen, Chauvinisten und Imperialisten der Welt.

Euch Arbeitern und Vernünftigen, nicht vom Siegeskolter Besessenen aller Länder sei gesagt: Unterstützt die Wertarbeiter von Ziel in ihrem Tun. Ihr Wollen in den Ententeländern, sagt es euren Regierenden: Wir wollen diesen Wahnwitz nicht, daß ihr 35 Millionen nutzlos den Rinnstein hinabfließen laßt, während Kinderlein hungern, Mütter verzweifeln, weil sie nicht wissen, woher sie die Milch für ihre Kleinen nehmen sollen.

Hunderttausende deutscher Familien, Mütter und Kinder könnten mit dem Wert dieser 200 Flugzeugmotoren glücklich gemacht werden. Arbeiter der Ententeländer, sagt das euren Schylocks.

Mag Ed. Troll

Was will die Volkshochschule Groß-Berlin? Der Arbeitsplan der Volkshochschule für Oktober-Dezember, der erfreulicherweise auch eine rege Beteiligung sozialistischer Dozenten aufweist, bringt in der Einleitung ein klar umrissenes Programm, das auch hier seine Wertkraft entfalten möge:

Die Volkshochschule Groß-Berlin will in erster Linie die geistigen Kräfte wecken und vermehren, die im Volke vorhanden sind. Sie dient damit nicht nur dem geistigen, sondern auch dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes. Die geistigen Kräfte werden aber nicht durch Vermittlung von Kenntnissen gewährt und vermehrt, sondern durch die Anleitung zu selbstständiger Beobachtung und durch die Ausbildung des Denk- und Urteilsvermögens. Nur, wer gelernt hat, selbst Tatsachen festzustellen und daraus richtige Schlüsse abzuleiten und dadurch geistig selbständig geworden ist, hat die Grundlagen gewonnen, um die großen Pflichten erfüllen zu können, die ihm die soziale Demokratie auferlegt.

Der Weg zu diesem Ziele ist beschwerlich, der Lohn aber um so größer. Niemals wird dieses Ziel durch bloßes Anhören von Vorträgen erreicht. Auch die an den Vorträgen sich beteiligende Diskussion genügt nicht, so wertvoll sie ist. Nur durch eigene Mitarbeit kann es erreicht werden. Darum will die Volkshochschule Groß-Berlin Arbeitsgemeinschaften gründen, in denen die Teilnehmer unter Anleitung des Lehrers selbst an ihrer geistigen Weiterbildung arbeiten, indem sie selbst Beobachtungen anstellen, selbst Schlüsse ziehen, indem sie selbst Aufgaben bearbeiten und über ihre Ergebnisse Bericht erstatten. Eine solche gemeinsame Arbeit stellt an Lehrer und Schüler gleich große Anforderungen. Darum soll jede Arbeitsgemeinschaft eine nur geringe Zahl von Teilnehmern umfassen.

Aber in den meisten Wissensgebieten kann nicht sofort mit der Arbeitsgemeinschaft begonnen werden. Es müssen vielmehr einleitende Kurse vor einer größeren Teilnehmerzahl abgehalten werden, um die Grundlagen zu legen, auf denen dann die Arbeitsgemeinschaften um so erfolgreicher aufbauen können. Darum hören die einleitenden Kurse, wer später die Arbeitsgemeinschaften besuchen will!

Aber die Volkshochschule will nicht nur zum wissenschaftlichen Denken anleiten, sie will auch zum Genuß und zum eigenen Erleben der Werke der Literatur und Kunst erziehen und dadurch dem einzelnen ungesättigte geistige Freuden bereiten, die ihm sonst ewig verschlossen blieben. Auch, um dieses bedeutsame Ziel zu erreichen, müssen neue Wege beschritten werden.

Alle, die ihr Willens seid, euer Menschentum zu betonen, kommt und arbeitet mit an der großen Aufgabe!

Die Festkonzerte des Groß-Berliner S.P.-Bildungsausschusses. Der Bildungsausschuß teilt mit, daß ihn einige Schwierigkeiten zwingen, die Reihenfolge seiner Festkonzerte zu ändern. Als erstes Konzert am 26. September findet nicht das Richard-Strauß-, sondern das Beethoven-Konzert statt.

Die Umstellung muß erfolgen, weil die zwischen Generalmusikdirektor Dr. Ruck und dem Ausichuß geführten schriftlichen Verhandlungen dadurch empfindlich gestört wurden, daß die Zensurbehörde die an Dr. Ruck gerichteten Schreiben volle vier Wochen prüfen mußte, ehe sie dieselben an den Empfänger auslieferte. In-

zwischen hat sich Dr. Ruck für den 26. September anderweitig verpflichtet, so daß er an diesem Tage nicht für den Ausichuß dirigieren kann. Außerdem ist der Opernsänger Mann verhindert, weil am 26. September in der Staatsoper „Palestrina“ gespielt wird, worin Herr Mann die Hauptrolle singt.

Aus diesen Gründen werden die Festkonzerte am 26. September mit dem Beethoven-Konzert eröffnet und das Richard-Strauß-Konzert wird am 7. November folgen. Auf dem Einführungsabend am Sonntag, den 19. September, abends 7 Uhr, in der Festhalle des Berliner Stadthauses wird deshalb nicht Dr. Guzmann über Strauß reden, sondern Dr. Jockl wird das Programm des Beethoven-Konzerts behandeln. Das Programm bringt 1. die Symphonie „Pastorale“ (Monolog der Camont-Kerkelzine (Melodram), 2. Violinsonate, 3. 7. Sinfonie. Mitwirkende sind: Konzertmeister Rabinow, Kapellmeister Regrowitz, Registrator Theodor Loos, das Bläser-Orchester.

Spanien im Bilde. Herr Kurt Hiescher, der seine reiche Sammlung von Photographien aus Spanien im Kunstgewerbemuseum ausgestellt hat (täglich außer Montag von 10—3), führt jetzt eine Auswahl davon in der „Urania“ vor. Die vorzüglichen Qualitäten seiner Bilder treten in der Vergrößerung noch deutlicher hervor, und besonders die stimmungsvollen Landschaftsaufnahmen entzünden allgemein. Leider konnte der Vortragende, der an diesem ersten Abende ganz Spanien im Fluge durchstreifte, nur Auschnitte geben. Immerhin war das gebotene recht charakteristisch: die maurische Architektur, die malerischen Wunderwerke der Burgen und Städtchen, besonders Castellons, die Pöhlenwohnungen und die Szenerien aus den Pyrenäen, die Höfe und manches mehr, geben recht wohl einen ersten Eindruck des Landes, seiner Natur und seiner Bewohner. Zudem hat Herr Hiescher, der recht wie ein deutscher Wanderer zu Fuß bis in die entlegenen Flecker und Winkel vorgedrungen ist, eine frisch-lebendige Art, von seinen Erlebnissen zu plaudern. Wir erwarten weitere Vorträge von ihm über Spanien, das ihm und uns teuer ist, aber dann auch tieferes Eindringen in spezialisierte Thematika (maurische Kunst, das Baskenland, Madrid usw.).

Völkerverbund und Typhusbekämpfung. Der Völkerverbund hat nach der Mitteilung englischer Blätter von seinen Mitgliedern die Summe von 2 Millionen Pfund Sterling geordert, um die Typhusbekämpfung in Polen zu bekämpfen. Die Zahl der Typhuskranken in Polen und Galizien ist in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen; sie betrug 1916 84 538, 1917 43 840, 1918 67 023, 1919 281 206 und wird für das Jahr 1920 auf mindestens 300 000 geschätzt. Durch den Krieg zwischen Polen und Rußland ist die Gefahr nur noch erhöht, denn die polnischen Abwehrmaßnahmen wurden dadurch unterbunden und die eigentliche Quelle der Ansteckung in Rußland näher gerückt.

Nähe Kollwitz in der Arbeiter-Kunstausstellung. Diese Ausstellung wird am 1. Oktober wieder eröffnet und zwar mit Werken von Käthe Kollwitz. Unter den mehr als 80 Kunstwerken sind zum Teil neuere Arbeiten der Künstlerin, die noch völlig unbekannt sind. Die Ausstellung (Petersonstraße 39, I) ist täglich von 5 bis 7 1/2 Uhr geöffnet.

Alexander Moiss gibt heute, abends 8 Uhr, in der Singakademie seinen ersten Vortragsabend.

Groß-Berlin

Die Diktatoren der Vergangenheit.

Man muß es den 100 bürgerlichen Stadtverordneten des neuen Berlin und ihrer ergebenen Presse nachrühmen, daß sie über die Magistratswahlen einen ungeheuren Madau zu machen verstanden. Solange diesen Herren ein elendes Wahlrecht die uneingeschränkte Herrschaft in den Gemeinden sicherte, läßt sie sich sehr wohl und dachten nicht im entferntesten daran, sich über Ungerechtigkeit gegenüber einer viel größeren Bevölkerungsschicht zu entrüsten. Jetzt, wo infolge der politischen Umwälzungen sich das Schwergewicht der politischen Entscheidungen auf die Seite der bisher Entrechteten neigt, fürchten die Deutsch-nationalen bis herab zu den Demokraten über proletarische Diktatur. Im Abgeordnetenhaus haben die Radikale und Genossen bereits einen Antrag eingebracht, wonach der Zeitpunkt, zu welchem das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin in Kraft tritt, anderweit bestimmt werden soll. Möglich, daß sich eine Mehrheit findet, die den Versuch reaktionärer Kräfte, das mit vielen Mühen zustandegebrachte Gesetz aufzuschieben und durch ein anderes zu ersetzen, unterstützt. Jedenfalls beweist schon der Versuch, ein neu geschaffenes Gesetz zu ändern, bloß weil es den bisher herrschenden Schichten nicht die erwünschte Machtstellung gewährleistet, mit aller Deutlichkeit, wie wenig sich die Diktatoren der Vergangenheit in unserer neuen Zeit unterzuordnen gewillt sind.

Das, was die bürgerliche Presse seit Wochen an Stimmungsmache gegen die sozialistische Mehrheit leistet, übertrifft alles bisher Dagewesene. Helfersdienste hierbei leistet den bürgerlichen Herren eine Korrespondent, der offensichtlich nachplappert, was ihm seine Herren und Meister ins Ohr flüstern. Sein Magout findet, so wenig Abwechslung es auch diesen mag, in der für eine solche Stimmungsmache in Betracht kommenden Presse wägige Aufnahme.

Dazwischen tritt ab und zu eine Leuchte des Aufschlusses in höchst eigener Person auf, um das, was täglich an Mitteilungen über das Vorgehen der roten Mehrheit verzapft wird, in Artikelform besonders breit zu treten.

Al das hat die Mehrheit in ihren Entschlüssen bisher nicht zu beeinflussen vermocht.

Kein Wunder, daß jetzt der krampfhafteste Versuch in der Preussischen Landesversammlung unternommen werden soll, durch eine Änderung des Gesetzes Groß-Berlin den Willen der sozialistischen Mehrheit zu brechen. Ueber die grundlegenden Motive für die Gesetzesänderung kann man zunächst nur die Vermutung haben, daß die Deutsch-nationalen die gesetzliche Festlegung der Wahl unbesoldeter Magistratsmitglieder in unbestimmter Zahl wünschen. Möglich auch, daß sie einschneidende Bestimmungen verlangen, die die freien Willensentscheidungen der neuen Stadtverordnetenversammlung auf bestimmten Gebieten beeinträchtigen sollen. Unsere Vertreter in der Landesversammlung werden solchen Plänen mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Brandenburgischer Provinziallandtag.

In seinem geschäftlichen Teil erledigte der Provinziallandtag nicht nur alle Vorlagen des Provinzialauschusses, sondern auch eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen. Die Vorlage über die Beamtenbesoldung, die einen Aufwand von 8,5 Millionen erfordert, wurde nach längerer Erörterung mit einigen Änderungen angenommen. Auch der Vorlage über die Bewilligung eines Kredits bis zu 60 Millionen zur Deckung der laufenden Bedürfnisse der Provinz stimmte der Landtag nach kurzer Beratung zu. In der Beratung der Vorlage, wonach auch die Provinz sich an der Darlehenshilfsaktion für die notleidenden Kleinbahnen mit 2,5 Millionen beteiligen soll, befürwortete Abg. Oberbürgermeister Trautmann (Frankfurt a. C.), auch der notleidenden Straßenbahnen zu gedenken. Vom Provinzialauschuss wurde erwidert, daß diese Anregung in den erst einige Wochen schwebenden Verhandlungen noch nicht berücksichtigt werden konnte; sie solle aber weitergegeben werden. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Zur Förderung der elektrischen Stromversorgung der Provinz, für die der Provinziallandtag bereits 5 Millionen zur Verfügung gestellt hatte, wurden weitere 5 Millionen bewilligt. Die Mittel der Kriegshilfskasse sollen nicht mehr wie bisher allein den Kriegsteilnehmern, sondern allen Angehörigen des Mittelstandes zur Verfügung gestellt werden. Der Gesellschaft zur Förderung der landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten in Landsberg a. H. gewährte der Provinziallandtag eine Beihilfe von 15 000 M. Abg. Radtke (L. Soz.) führte bei dieser Gelegenheit aus, daß die Million, die für diese Anstalten vom Staat aufgebracht werden solle, viel leichter von den Landwirten selbst beigetragen werden könnte, die sich durch den Krieg „gesund gemacht“ hätten und die jetzt noch durch Wucherpreise „Raub am Volke“ trieben. Nach politisch zugespitzter Debatte wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Das Licht der Heimat.

Von August Hürichs.

Tag für Tag gellte der schrille Pfiff den Follers in die Ohren, wehte eine Rauchfahne über die Heide; und Tag für Tag verfolgten sie, wie sich eine braune Erdwelle neben die andere legte, bis das eiserne Ungetüm seine Arbeit getan hatte.

Dann wurde die Heide leer. Regenmacher stürzten auf die gelbsten Schollen und wurden hierig verschlungen, Frost ließ sie erstarren, Sonne brannte herab und durchwärme die aufgelockerte Krume. Das Heidekraut, umgestülpt, entwurzelt und begraben unter seinem eigenen Mutterboden, verwehte. Was nun? fragte das zermüllte Land.

Was nun? fragte Meta und sah unruhig hinüber. Schwere Adergäule legten sich dampfend in die kuirichenden Stränge und schlüpften auf dem tiefen Sandweg Wagen auf Wagen heran, alle hochbeladen mit drallgefüllten Säcken.

Ein kleiner Keel mit funkelnden Brillengläsern stand neben dem langen Bockbauern auf dem neuen Feld zu beschlen. Ladung auf Ladung entleerte sich und rieselte in dünner Streu auf die Erde.

„Herr Professor — will he hier Solt planten?“ spotteten die Arbeiter und schielten dabei schon nach dem Bockbauern hin, vor dem sie ihren Spott wohlweislich verbargen. „Halt's Maul,“ brummte der Kleine, „hier werden Taler geät.“ Aber dann lachte er lustig auf und klatschte dem Bockbauern dersch auf den Rücken: „Mensch, wenn wir die Chemie nicht hätten, was?“

Der Bockbauer dachte an die schwere Rechnung, die er für diese Säcke bezahlt hatte.

„Meinst du, daß sie Goldstücke aus meinen Talern macht?“

„Das nicht,“ sagte der Professor und seine Augen leuchteten warm und gut, „aber ich hoffe, Brot aus diesem unruhigen Kraut, und das ist schließlich noch besser; von Talern ist noch keiner satt geworden!“

Sie standen wochenlang im Wind und gaben acht, daß dem moeren Boden sein genau berechnetes Teil von dem zugeführt wurde, was ihm nach des Professors Unter-

suchungen fehlte. Eine Schar von Arbeitern war beschäftigt, zu ebnen, abzustechen und Gräben zu schließen. Der Bockbauer lenkte sie herrlich und sicher, mitunter dröhnte seine Stimme noch dem kleinen Nachbargrundstück hinüber. Dann sah Dierk, wie seine Mutter den Kopf hob und wohl einen Augenblick lauschte, und jedesmal war es ihm, als ob sie nachher doppelt zäh und hastig bei der Arbeit war. Zum Spielen kam er nicht mehr, ein fester Kreis von Arbeiten füllte seine schulfreie Zeit. Selten nur fand sich an einem stillen Abend Ruhe, einmal mit der Mutter unterm Apfelbaum zu sitzen. „Mutter,“ hat er dann wohl, „erzähl mir wieder,“ und stand unbefolhen zärtlich neben ihr. Aber dann sah sie nicht mehr die Sonne golden über dem Moor verfließen — dann sah sie nur die gerade nebeneinander liegenden Acker des Bockbauern — nein, auch die nicht einmal, ihn selber nur — Tatkräft, Schaffen, harte Wirklichkeit — konnte sie da Geschichten erzählen? Sie konnte nur grübeln und mit ihren harten und abgearbeiteten Händen ihrem Kind über's Haar streichen. Aber Märchen, — nein, die kannte sie nicht mehr.

Unwiderstehlich kannte eine geheimnisvolle Kraft das armeligste Heine Lebewesen an seine Heimat. Das Nest der kleinen Heidekerle war im Vorjahre zernahmt worden, die halbwildige Brut vernichtet — Kämm, Meuschen und das qualmende Ungetüm hatten die Erstickene verjagt — jetzt trillerte sie wie früher über demselben Erdenfled. Wo wäre die Welt auch schöner als gerade hier, nachdem Mensch und Maschine wieder verschwunden waren? Die Welt, über der sie schwebt, ist freilich verändert. Eine Hälfte der großen Fläche da unten ist in breite Streifen zerlegt, auf der die Menschen kein Stengeldes des lieben Heidekrauts mehr dulden. Aber oben, wo die Heide höher lag, hat es sich ungeändert wieder emporarbeiten dürfen durch die umgestülpten Schollen. Nur, daß in geraden Reihen, in unendlichen Linien, hellgrüne Tannenzapfen dazwischen ausleuchten, die ihre lichten Nadelzweigelein tapfer zwischen der braunen Heide ausbreiten und mit den lähnen Stämmchen feierlich steif und senkrecht zum Himmellicht streben. Sicher geborgen zwischen Heidekraut und jungen Tannen hat die Verbe von neuem ihr Nest eingebaut.

Ihr Lied ist ein süßer Wirbel, verflungen mit hundert anderen Liedern, die ineinanderklängen als ein einziger seliger

Versailles und „Rheingau“.

Schließung des neuerrichteten Fernsprechnetzes? Vor ungefähr zehn Tagen wurde das Fernsprechnetz „Rheingau“, an das ungefähr 3000 Teilnehmer angeschlossen sind, nach fünfvierteljähriger Bauzeit eröffnet. Jetzt weiß die V.-S.-Korrespondenz zu melden, daß die Wiedergutmachungskommission in kurzer Zeit die Schließung des Amtes fordern dürfte.

Ueber die Gründe, die zu dieser Forderung führten, erzählt die genannte Korrespondenz:

Als die Oberpostdirektion an den Bau des Amtes ging, fehlte es an den notwendigen Klappenschränken, die in Deutschland nicht vorrätig waren. Die Postverwaltung wandte sich daher an die Heeresverwaltung mit der Frage, ob diese nicht aus ihren Vorräten entsprechende Klappenschränke abzugeben habe. Daraufhin wurden der Post über zwanzig belgische Klappenschränke, die die deutsche Zivilverwaltung während des Krieges aus belgischen Postämtern entnommen hatte, zur Verfügung gestellt. Unglücklicherweise sollen die maßgebenden Behörden der Meinung gewesen sein, daß man Deutschland diese Apparate belassen werde, da in Belgien Fernsprechnetzmaterial im Werte von rund einer Milliarde zurückgelassen war. Man scheint also nicht gewußt zu haben, daß der Friedensvertrag Deutschland kein Anrecht auf die in Feindeshand gefallenen Heeresgüter gibt. Kurzum, man hatte die 20 Klappenschränke in das Fernsprechnetz „Rheingau“ ein, zur Freude jener Teilnehmer, die bisher den überlasteten Kernen Pfalzberg und Umland angeschlossen waren.

In den Kreisen der Postverwaltung hofft man, immer noch der V.-S.-Korrespondenz, daß es gelingen wird, mit Belgien eine Verständigung zu erreichen. Vor allen Dingen soll der Verlust gemacht werden, statt der angeforderten belgischen deutsche Klappenschränke anzuliefern. Besteht Belgien aber auf seinen Schein, so ist schon in aller kürzester Zeit mit der Schließung des neuen Amtes zu rechnen, dessen Aufstellung so kompliziert ist, daß die Umstellung der 3000 Teilnehmer auf andere Kerne überhaupt nicht durchzuführen ist. Ein Jahr und mehr würde vergehen, bis wieder ein einigermaßen geordneter Fernsprechnetz zwischen Berlin und Friedenau hergestellt wäre.

Darlehenshilfe für die Kleinbahnen.

Das Reich, Preußen und die Provinzen wollen den wirtschaftlich notleidenden Kleinbahnen durch eine einseitliche Darlehensgewährung zu Hilfe kommen. Es ist in Aussicht genommen, daß das Reich 15 Millionen, der Staat Preußen 27 und die Provinzen gleichfalls 27 Millionen M. aufbringen. Zur Verbindung wird gemacht, daß die beteiligten gewerblichen und landwirtschaftlichen Kreise, sowie die Kreisverbände auch ihrerseits Mittel in gleicher Höhe zur Unterfützung der Kleinbahnen aufbringen. Durch diese Darlehen sollen Kleinbahnen, die aus eigener Kraft zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes infolge der allzustark gewachsenen Unkosten nicht mehr in der Lage sind, die aber in absehbarer Zeit wieder zu einem sich selbst erhaltenden Betriebe gelangen können, unter erträglichen Bedingungen über Wasser gehalten werden. In dieser Hilfsaktion will sich auch die Provinz Brandenburg beteiligen; dem Provinziallandtag ist zu seiner heute (Dienstag) beginnenden Tagung eine Vorlage darüber zugegangen. In Frage kommen in der Mark 16 Kleinbahnen, darunter die Oberbruchbahn, die Prenzlauer Kleinbahnen, die Strausberger Bahn, die Perleberg-Karlstädter Bahn und die Kleinbahn Weesow-Rüstenwalde. Die Vergebung der Darlehen soll frei von behördlichem Instanzengang durch einen Verwaltungsausschuß erfolgen, der aus den Vertretern des Reiches, Preußens, der Provinzen und Kreise und Eisenbahnunternehmen besteht. Entsprechend dem Anteil der Provinz Brandenburg an den Kleinbahnen Preußens entfallen auf die Mark 4 bis 5 Millionen, wovon etwa die Hälfte von den beteiligten Kreisen zur Verfügung gestellt wird. Der Provinzialauschuss will die erforderlichen Mittel in Höhe von 2,5 Millionen dem Eisenbahnfonds der Provinz entnehmen, der in den nächsten Jahren durch Neubauten doch nicht beansprucht werden dürfte.

Hochgeehrte Amerikaner!

Sie sind Euch außerordentlich dankbar für alles, was Ihr für uns tut und noch weiter tun wollt. Wir begrüßen es besonders, daß Ihr den Weg Eurer Sendungen bis zum Empfänger verfolgen wollt. Aber bitte, besorgt Euch freundlichst Lebensmittellisten, laßt das „amerikanische Praxett“ darauf abholen und verliert es sowohl roh wie mit Zwiebeln umgebracht. (Das tun nämlich alle unsere Hausfrauen trotz Kohlennot und Gassteuerung.) Ihr werdet dann sehen, daß dieses Fett besonders geeignet ist, Kerzen und Kerosin Arbeit zu verschaffen, nicht aber, den Gesundheitszustand des deutschen Volkes zu heben. Ob das Fett wirklich von Schweinen aus China stammt, die mit Pfläcken gefüttert worden sind oder ob es über den Krieg in London eingelagert war und verdorben ist, können wir Euch nicht sagen. Aber Probieren geht über Studieren — please! —
Euerer
Die Berliner.

Systematische Verdummung der Jugend.

Ohne Ausnahme sind die katholischen Pfaffen Geistesheroen, wie sie nur das Bürgertum aufzuweisen hat! Der Sozialismus ist längst von ihnen widerlegt worden! Marx, Engels, Bebel sind Wärmer gegen sie! Und bekennen sie sie! Sie widerlegen die sozialistischen Lehren nicht vor aller Welt, sie stellen, entgegen dem Gebot des Heilands, ihr Licht unter den Scheffel. Ausgerechnet in Jugendzeitschriften „widerlegen“ sie, als wenn das so sein müßte. Ob sie vielleicht fürchten, daß ihres Geistes Leuchte, vor aller Welt aufgestellt, vor dem ersten leichten Windhauch der Wahrheit erlischt? —

Im „Jung Land“, einer katholischen Jugendzeitschrift, finden sich immer einige Weisheitsföner, doch endlich hat es den Stein der Weisen entdeckt. Unter der Ueberschrift: „Was man wissen muß!“ (1) heißt es: Im sozialistischen Zukunftsstaat sei die Ehe ein Privatvertrag mit etwa sechsmöglicher Kündigung (wörtlich d. Dumme und Ungeschickte würden „genau so entlohnt wie die Klagen und Geschickten“ usw. . . . Und dies alles sei im Sinne — August Bebel's zitiert!

Der Verfasser dieser Weisheiten — er unterzeichnet sich auch noch: Karl Jünger heißt er — macht durchaus keine Witze, sondern verlangt tatsächlich, daß ihm seine jugendlichen Leser glauben schenken. Wir halten allerdings doch noch etwas mehr von der katholischen Jugend!

Zum Schluß schreibt unser Mann: „Nichts brauchen wir heute mehr als Führer — niemals aber was es auch schwerer, Führer zu sein“. Wohl, wir schlagen als obersten Führer — Karl Jünger vor. Der hat's Talent!
W. Sch.

Nebel über die herrliche Erde und rein und dankbar zum blauen Himmel aufsteigen. Sie jubeln, weil die Erde so reich und schön und über alle Maßen herrlich ist.

Ja — über alle Maßen reich und herrlich ist sie, singen die Verchen.

Mit tief gekneter Stirn geht Garm Follers über den Hof nach dem kleinen Ställegebäude. Neben ihm geht ein Händler aus der Stadt, breitbeinig und kräftig, der bei jedem Schritt mit einem Stoß seine langschäftigen Stiefel schlägt. Jeder Schlag klatscht Garm schmerzhaft in die Ohren. Seine Hand zittert, als er den Stallriegel zurückschiebt.

So schlecht wie in diesem Jahr war die Ernte noch nie gewesen. Aus Kartoffeln und Paster hat er sonst das Geld für die Finken gemacht und das Notwendigste dafür angeschafft, aber diesmal langt es nicht. Seinen sorgsam herangezögten Schweinebestand muß er verkaufen, nur um Geld zu schaffen. Viele Rucht war sein Stolz; bessere Tiere, als hier rund und fett auf der Streu liegen und neugierig die Knochen der Küffel beben, hat auch der Bockbauer nicht in seinem Stall. Das drückt ihn, daß er die fortgeben soll. Der Händler lehnt sich über den Kofen, betrachtet sie mitleidig, fast geringschäßig und bietet einen lächerlich geringen Preis. Garm ist nicht einmal verwundert darüber, er läßt stumm alles über sich ergehen — wozu noch lange reden? Aber als er schnell einschlagen soll, wendet er sich müde ab und ruft Meta. Ohne seine Frau etwas entscheiden, das kann er nicht. Der Händler legt schnell ein paar Taler zu, aber Garm schüttelt den Kopf, — ohne seine Frau, das geht nicht, da bleibt er fest.

Meta kommt, eine grobe Sackbürze vor, und giebt einen Eimer Futter in den Trog. Dann richtet sie sich auf und hört den Preis. Da lacht sie auf, — das wäre ja fast verdammt. Sie fordert, was sie haben will, hart und fest. Der Händler tut entrüstet, rennt nach der Tür, aber er kommt wieder. Er redet und redet und will abhandeln, aber Meta bleibt fest. Er schwört, daß er Geld zulegen muß, aber Meta geht nicht herunter, keinen Pfennig. Und siehe da, am Schluß zieht er feufzend seinen Beutel und zählt die Goldstücke auf. Und legt auch das Letzte noch dazu, als Meta ihm kurz alles zurückschieben will.

Garm steht dabei und wundert sich — was hat er für eine Frau! Ja — wenn er die nicht hätte!

(Fortf. folgt.)

Preussische Landesversammlung.

151. Sitzung. Mittwoch den 15. September, 8 1/2 Uhr.

Am Regierungstisch: Oeser, Lademann, Am Jahnhoff, Fischel. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident Vinet auf die Vergewaltigungen und Bedrohungen der deutschen Bevölkerung

in Oberschlesien und im Saarrevier

aufmerksam. Die große politische Erregung in diesen Gegenden macht es erforderlich, daß auch die Landesversammlung dazu Stellung nimmt. Der Reichsenrat hat beschlossen, am Freitag über diese Vergewaltigungen zu verhandeln. (Beifall.)

Ein Antrag H. Hoffmann (U. Soz.), die zweite und dritte Beratung des Kirchenaustrittsgesetzes von der Tagesordnung abzulehnen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. — Die dritte Lesung kann nicht sofort vorgenommen werden, da die Unabhängigen dagegen Widerspruch erheben.

Die Verordnung über Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften wird nach kurzer Beratung dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen. — Der Gesetzentwurf über die Bergschulvereine wird ebenfalls einem Ausschuss überwiesen, und desgleichen der Gesetzentwurf über die Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Pflanzhöfen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes zur

Ausschließung von Steinkohlen.

monoch kleinere Felder in gewissen Gegenden auch Privatn zur Auffahrung und Gewinnung der Steinkohle in der Weise überlassen werden können, daß sie die spätere Verleihung des Bergwerksbesitzes an den Staat herbeiführen haben, wogegen der Staat ihnen ganz oder teilweise die Ausbeutung überläßt.

Abg. Hufmann (Soz.):

Wie können diesem Entwurf nicht zustimmen. Um eine Sozialisierung des Kohlenbergbaues kommen wir nicht herum. Sie ist eben erst wieder von der Bergarbeiterkonferenz gefordert worden, auf der 450.000 deutsche Bergleute vertreten waren. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich ebenfalls für die

Forderungen der Bergleute eingesetzt. Die Ausbeutung der Kohlen-schätze darf nicht länger dem Privatkapital überlassen werden, sonst kann man den Bergarbeitern keine Heberschichten mehr zumuten. Eine Steigerung der Produktion ist nur zu erwarten, wenn wir den Kohlenbergbau sozialisieren. Wer verlangt deshalb Vergütung im Austausch für Handel und Gewerbe, damit wir das Gesetz nach unseren Forderungen abändern können.

Abg. Dr. Krenzel (Dem.): Der Staat ist zurzeit nicht in der Lage, die Ausschließungsarbeiten vorzunehmen. Wir müssen aber jetzt auch das geringste Kohlenvorkommen ausnützen. Die Sozialisierung hat hiermit nichts zu tun und schreckt die Privat-industrie nur ab. Gegen die Ausschließungsberatung haben wir nichts einzuwenden.

Auch die Abg. Freiherr v. Wangenheim (D. Hannov. P.), Rippel (Nat. Vd.) und Kiehn (Zentr.) wenden sich gegen die Sozialisierungsbestrebungen.

Abg. Ludwig (U. Soz.):

Die Gewinne der Kohlenbarone stehen nicht nur auf dem Papier. Wir wollen möglichst schnell zur Besserung der wirtschaftlichen Not des Volkes beitragen. Aber wir wissen, daß wirksamer als ein hier gefasster Sozialisierungsentwurf die Aktion der Bergarbeiter, auch der christlichen Bergarbeiter und ihrer Organisationen von außen her ist. (Beifall bei den U. Soz.)

Die Vorlage geht an den Ausschuss für Handel und Gewerbe. Auf Antrag des Abg. Herold (Zentr.) wird die Sitzung abgebrochen, nachdem noch eine Reihe von Eingaben erledigt sind. Donnerstag 12 Uhr: Ergänzungshaushalt. Anträge. Schluß 5 Uhr 40 Minuten.

Soziales.

Die Zahnklinik der Landesversicherungsanstalt soll, wie uns der Betriebsrat der Landesversicherungsanstalt in einer Zuschrift mitteilt, als allgemein-nützliches Institut nach einem Beschluß des Vorstandes und eines Ausschusses der Landesversicherungsanstalt vom 1. Oktober abgeschlossen werden. Dazu bemerkt der Betriebsrat folgendes:

Die Verwaltung begründet die Schließung ihres Betriebes da-

mit, daß 1. die Zahnklinik nicht mehr rentabel sei; 2. daß ein Mangel an Arbeitsräumen bestände. Diese Gründe sind nach keiner Hinsicht stichhaltig. Der Betriebsrat der Landesversicherungsanstalt trat an die Behörde mit dem Ersuchen heran, die genauen Gründe für das Eingekommen der Zahnklinik bekanntzugeben, sowie mitzuteilen, wie hoch sich die Kosten der Klinik belaufen. Beides wurde vom Vorstand rundweg abgelehnt und mitgeteilt, daß man in Zukunft der Großstadtbewohner nur einen Zuschuß von 6 M. pro Zahn gewähren wolle.

Die Notwendigkeit des Fortbestandes der Zahnklinik ergibt sich aus folgendem: Der jahrelange Krieg mit seiner kaltschwarzen Nahrung, sowie der mangelhafte Ersatz von Surrogatstoffen, das Fehlen guter Zahnreinigungsmittel usw. haben auf die Zahnpflege und auf die Mundbeschaffenheit der Großstadtbewohner außerordentlich eingewirkt. In welchem Maße die aufzubauende Klinik dem Volkswohl gedient hat, ergeben folgende Zahlen: Es wurden im Jahre 1912 49 987 neue Zähne hergestellt, 8114 alte Zähne umgearbeitet, dagegen 1919 61533 neue Zähne angefertigt, 81151 alte Zähne umgearbeitet. Außerdem wurden circa 3000 Zahnersatzstücke durch Reparatur für die Patienten wieder gebrauchsfähig gemacht. Wie dringend nötig das Weiterbestehen der Klinik ist, beweist das Vorliegen von circa 12 000 neuen Anträgen, zu welchen noch täglich weitere einlaufen. Dazu kommt noch, daß wöchentlich circa 250 Patienten auf Bedarf von Zahnersatzstücken unterrichtet werden. Der größte Teil der Bevölkerung vermag die hohen Kosten für Zahnbehandlungen bei Privatärzten usw. nicht zu erkräften. Der leidende Teil wäre also die Bevölkerung selbst. Durch die Schließung der Klinik würden aber auch circa 40 Personen, zum größten Teil Kriegsteilnehmer, Familienväter drohlos werden. Bei ihrem damaligen Eintritt in die Zahnklinik wurden den Angehörigen allerhand Versprechungen gemacht, u. a. wurde in Inseraten der Tageszeitungen betont, daß ihnen bei Eintritt in die Invalidität, nach einwandfreier Führung Ruhegehaltsberechtigung usw. zufließen solle. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt hat es bisher nicht für nötig gehalten mit dem Betriebsrat über die Schließung der Klinik zu verhandeln. Und doch wäre es leicht möglich, mit letzterem über das Fortbestehen der Zahnklinik eine Verständigung herbeizuführen.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestr. 70-71

BILLIGE TAGE!

Prima Wäschestoffe 80 cm breit	Meter	14.50
Bunte Bettzeuge	Meter	19.50
Velour-Barchent	Meter	19.75
Fertige Bettbezüge mit 2 Klassen	Garnitur	147.25
Kostumstoff	Meter	29.50
Kostumstoff 130 cm breit	Meter	49.50
Damen-Filztuchhut		45.00
Damen-Wintermantel moderne Form		98.00
Farbige Röcke solide Stoffe	Stück	29.00
Barchent-Blusen	Stück	37.50
Damen-Schnürschuhe schwarz	Paar	89.00
Damen- und Herrenstiefel schwarz	Paar	149.00
Damen-Strümpfe engl. lang	Paar	9.75
Herren-Socken gestriekt	Paar	4.75
Damen-Taghemd mit reicher Stickerei	Stück	39.50
Herren-Trikot-Hemden	Stück	29.50
Herren-Sportkragen	Stück	4.45
Herren-Strickbinder	Stück	14.95
Kinder-Reformhosen grosse Größen	Stück	19.00

Ein Waggon Steingut

mit kleinen Fehlern					
Speiseteller	Stück	1.45	Kaffeeteller	Stück	1.75
Vorraistonnen bunt	Stück	1.45	Fiaschen bunt	Stück	1.45
Wasserkannen	Stück	10.50	Waschbecken	Stück	10.50
Waschservice 4 Teile		27.50	Waschservice 5 Teile		42.00

Wirtschaftsartikel

Aluminium Eßlöfel	Stück	1.45	Emaillier-Eimer 18 cm	17.50
Aluminium Kaffeelöffel	Stück	95 Pf	Brotschneidemaschine Holz	38.50
Waschbretter in Metallblech	Stück	7.25	Fleischhackmaschine	42.50
Kaffeemühle Blech	Stück	19.00	Einkochapparate Emaille	68.00
Kaffeemühle Holz	Stück	25.00	2 Gasplatten verstellb. m. Erhitzer	75.00

Möbel-Angebot.

Golde Möbelwerke liefert Spezial-Plan- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Zinsvergütung bei möglicher Verzinsung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Off. Postfach 166, Postamt O 27, keine Kasse. Große Anlagen.

Spezial-Behandlung

v. Haut-, Gicht-, Unterleibskrankheiten, nervöser Schwäche, Gicht, Gelenksleiden, Rheuma, welche unermüdet nicht ausgeheilt werden. Blutreinigung, Eisenkur, Massage, Elektrolyse. Dr. Hermanns, Glatfacherstr. 42, 10-12, 4-7, 8-12-1

Prozesse,

Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadenersuche, Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Besprechung! Tel. Köni. 31 395

Möbel

gegen bar u. Teilzahl. herabgesetzte Preise. Kleinste An- u. Abzahlg.

Landwehr,

Müllerstr. 7 (Wedding)

Die höchsten Preise

für Kupfer, Messing, Rotkupf usw spez. Zinn und Weißmetall erzielen Sie

Adalbertstraße 4

Prinzenstraße 101.

Zinn! bis 39.-! Löt-zinn! Weißmetall bis 25.-! Blei 350! Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel! Stannio-papier! Quecksilber! Gießtrumpfasche bis 150.-, salpeters. Silber! Zahngebisse! Zahn bis 100.-! Goldbruch! Silberbruch! Platin-abfälle! höchste Tagespreise. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 21.

Möbel-Kredit erhält jeder bei Möbel-Groß Große Frankfurter Straße 141, Invalidenstr. 2.

Babl. Stupfer per 13.- für Notguth 12.- Weijing 6.-

Welle-Alliance-Str. 98. Diets, Ballfabrik, 96. Schindler, Wehnerstr. 20. Rache, Scheinberger Str. 22. Behrend, Fischerstr. 9. Güter, Linienstr. 24. Deutschland, Frenzlauerstr. 26. Stoppold, Holzmärkerstr. 10. Raste, Friedrichselder Str. 4. Gosh, Rastenburg Str. 29.

Otto Heibel, Bin. 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielapparate, für jedes Harmonium patent, Piano-Magasin A. Lehmann & Co., Joh. Goulenberg, Celsigstr. 115/116, Gr. Frankfurter Str. 108.

Altmetalle, Zinn, Quecksilber, Zahngebisse, Platin-, Gold-, Silberbruch, weit über Tagespreis nur 3 Einkaufsellen Brunnenstr. 11 Beusselstr. 29 Fennstr. 48

Altmetalle Kupfer, Messing, Zinn, Blei und Blei, auch Platin, Gold, u. Silberbruch tauch hochgehend Metall-Einkauf-Zentrale, Kottbuser Damm 66 (Sternplatz) Tel. 11509

Schon manches Jährlein leb' ich auf der Welt, Doch nichts so gut mir wie **Urbis** gefällt, Großvater Krause brummt in guter Ruh', Betrachtend seine blankgeputzten Schuh!

Schuhputz „Urbis“ überall zu beziehen! Terpentinöl-Ware in Dosen mit Banderole Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Spezialarzt Dr. med. Kochen für Haut-, Harn-, Frauen-, Schwäche, Beh. schnell, sicher, schmerzlos, ohne Berührung, Blut- u. Harn untersuch. (Fäden i. Harn) gegenüb. Friedrichstr. 81, Königsstr. 56-57, Rathaus Sp. 10-1, 4-7, Sonntag 10-1, Teltowstr. 10, Bismarckstr.

Zurück: 6240 Dr. Gustav Joseph Kleiststr. 23, Nollend. 777. Armeepistolen und Jagdwaffen kaufen F.W. Vandrey & Co., Gewehrfr. Berlin SW 68, Lindenstr. 90.

Metallbetten Stahlrohrbetten, Kinderbetten, Polster an jederman, Katalog f. Eisenmöbelabrik, Zahl in Thür. 83/15. Geflügelzucht! Geig. Rand, 400 C-Fußten groß, 10 Minuten u. Bahnhof Brandenburg (Wasser) frei verkauft billig 150/120 Tina, Charlottenburg, Potsdamer Str. 8.

Homöopath Inst. (1905) Sichere Erfolge ohne Einspritzen, ohne Berührung, Speichstr. 10-1 u. 4-7, Sonntag 10-1, Kries, Hohenschloß, 40 Berlin, Kries, Dorostr. 41, T. Lichtb. Augen- u. Brochüre gratis. Witz, auch zerbrochene Gebisse, Zahn 12.00-00 M., Platin, Gramin bis 165 M., Gold, u. Silberbruch höchste Preise, Romanendammstr. 30, C. Wüllg. Täglich von 9-1 u. 2-6 Uhr.

Metallankaufsstelle Oster, Grüner Weg 80 zahlt höchste Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc. Zinn-40.-, Blei-4.-, Bleischlangen bis 35.-, sämtl. Altmetalle höchstb. Sandler Extra-Preise! Zinnschmelze Prinzessinnenstr. 17 (Wortplatz u. Werth).

Zinn u. Blei sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen! Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74, Telefon: Moritzplatz 955. Reidsjeffe! Heide, Doppelpfand 5.40, Reidsjeffe 2.90 u. a. Krüger, Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Str. 15, Stephan 2248.

Münzstr. 24 Erste Etage **BERLOWITZ** Münzstr. 24 Erste Etage **Herrenstiefel Rind Box 139.-** Jünglingsstiefel, 36-39 115.-

Ein Agrarprogramm der Partei.

Nach diesen, auf Jahre hinaus zurückgehenden Beratungen der Agrarkommission ist nun ein Aktionsprogramm fertiggestellt worden, das dem Parteitag zu Kassel vorgelegt werden soll. Schon in der nächsten Woche wird das Programm, nachdem es einer letzten Beratung unterworfen sein wird, der Diskussion der Parteigenossen unterbreitet werden.

An den letzten Beratungen der Agrarkommission nahmen teil die Genossen Volk-Königsberg i. Pr., Gentner, Hannover, Kaiser-Frankfurt a. M., Diepshüh-Vannover, Nieß-Cöln, Peters-Hochdorn, G. Schmidt-Berlin, Schlich-Breslau, Weber-Griesheim, Wittlich-Frankfurt. Vom Parteivorstand nahmen an den Beratungen teil die Genossen Hermann Müller, Wels, Wankusch, Bartels und Adolf Braun. Nach eingehenden Debatten wurde ein Programm einstimmig beschlossen, das aus einer Einleitung und 20 Forderungen besteht. In ihm sind die zahlreichen Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen, die sich seit dem Dresdener Parteitag in unserer Partei über die agrarischen Probleme entgegenstanden. In gegenseitigen Zugeständnissen wurden die Schwierigkeiten für die Formulierung eines Aktionsprogramms glücklich überwunden.

In den Einleitungssätzen wird die Notwendigkeit eines Agrarprogramms für die Wahrung der Interessen der wenig und nichtbesitzenden ländlichen Bevölkerung und für die Sicherung der Lebensmittelförderung betont. Im Anschluß wird als das Ziel unserer Agrarpolitik die Sozialisierung der für die Bergelandschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe festgestellt. Dann wird betont, daß die volkswirtschaftlich richtige Anwendbarkeit von Klein-, Mittel- und Großbetrieb in der Landwirtschaft abhängig ist von Bodenbeschaffenheit, Klima, von den Möglichkeiten der Bodenbearbeitung und von der landwirtschaftlichen Technik. Die Kommission ging dabei von der Erwägung aus, daß die Unruhe in der Landwirtschaft, die mit der überseitschen Lebensmittelförderung vor etwa 40 Jahren begonnen hat, noch nicht zu einem Ruhepunkt gekommen ist, so daß die Entwicklungslinien der Landwirtschaft noch nicht mit voller Klarheit festzustellen sind.

Im einzelnen wird in den Forderungen zusammengefaßt, was zur Produktionssteigerung, was zur Ausmerzung des Zwischenhandels, zur genossenschaftlichen Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Produktion, Abgaborganisation und Kreditbeschaffung notwendig ist, was zum Schutze der Kleinbauern, Pächter und Arbeiter gegen Überarbeit und Unfallgefahr, zum Schutze von Gemeindefür, für die Sicherung der Lebenshaltung, zur Hebung der Bildung und zur Steigerung von sachlichen Kenntnissen der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung notwendig ist.

Die Agrarkommission hofft, daß das schwere Werk des Aktionsprogramms von den Parteigenossen im Lande wie vom Parteitag gewürdigt und Zustimmung finden wird.

Sobald die endgültige Fassung des Textes auf Grund einer letzten Begutachtung des Entwurfes durch die Mitglieder der Agrarkommission festgestellt sein wird, wird der Entwurf sofort durch die Parteipresse veröffentlicht werden. Die Agrarkommission wünscht eine lebhafteste Diskussion über den Programmentwurf, sie bittet aber zu erwägen, daß die Meinungen über ein Agrarprogramm in der deutschen Sozialdemokratischen Partei so stark auseinandergehen, daß nur durch gegenseitige Zugeständnisse ein Aktionsprogramm der Partei ermöglicht werden kann. Auch für das sozialdemokratische Agrarprogramm gilt der für alles menschliche Wirken wichtige Grundsatz, daß „das Bessere der Feind des Guten ist“.

Lenin gegen die rechten Unabhängigen.

Er empfiehlt die Hinrichtung von Dittmann und Genossen.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“, Mr. C. Segruo, hat, wie er der „Dena“ mitteilt, an Lenin die Anfrage gerichtet, welche Ermüdung die Sowjetregierung auf die von den deutschen Unabhängigen vorgebrachten Angriffe zu geben hätte, ganz besonders soweit sie die Anklage der Hinrichtungen, zahlreicher Gegner des Bolschewismus betreffen. Segruo hat heute daraufhin von Lenin folgendes Punktegramm als Antwort erhalten:

„Ich bitte feststellen zu dürfen, daß die Attaten, die von Mitgliedern des rechten Flügels der deutschen Unabhängigen von der Art des Herrn Dittmann und gewissen Angehörigen der britischen Labour-Party gegen den Bolschewismus gerichtet werden, mich in keiner Weise in Erwägung setzen. In der Rede, die ich auf dem letzten Moskauer Kongress der kommunistischen Internationalen hielt, wies ich nach, daß die Auffassungen und Grundzüge Dittmanns und Crispiums sich durchaus mit denen Kautskys decken. Es ist ganz natürlich, daß Kautsky wie Crispian und Dittmann mit dem Bolschewismus unzufrieden sein müssen. Es wäre in der Tat auch höchst behauerlich, erregte der Bolschewismus die Zufriedenheit solcher Leute. Es ist nur natürlich, daß solche Bourgeoisien Demokraten der vorhergezeichneten Art, die sich in nichts von unseren Menschewiki unterscheiden, in dem Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie sehr häufig im Lager der Bourgeoisie sich finden. Die Hinrichtungen scheinen Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen, wie er sie im Auge hat, verheißt es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschewiki hinrichten, eine Tatsache, die selbstverständlich ihm nicht unbekannt kann. Es wäre wahrhaftig eine traurige Sache für die Dritte Internationale, wenn Leute von Dittmanns Art, ganz gleich, ob sie Deutsche, Franzosen oder Engländer sind, in ihren Reihen zugelassen würden.“

Wenn, wie Sie anführen, die Verträge der britischen, französischen und deutschen Arbeiterabteilungen über Russland der Sache des Bolschewismus mehr Abbruch getan haben, als alle antibolschewistische Propaganda zusammengenommen, so nehme ich mit Freunden die logischen Folgerungen daraus hin. Ich mache hiermit ein Anerkenntnis an die antibolschewistische Bourgeoisie aller Länder: Laßt sie und mich dahin übereinkommen, daß Abordnungen aus allen Ländern nach Russland geschickt werden, die sich aus Arbeitern, Kleinbauern und solchen Personen zusammensetzen, deren Arbeit dem Kapital einen Profit schafft! Laßt diese Delegationen einen Monat oder zwei in Russland bleiben! Wenn die Berichte dieser Abordnungen der Sache des antibolschewistischen Propaganda förderlich sind, so laßt die internationale Bourgeoisie die dadurch entstehenden Unkosten zu und gern tragen. Jedoch, trotz des Umstandes, daß wir in Russland arm und schwach sind, die Bourgeoisie aller Länder dagegen reich und stark, finde ich mich bereit, auf die Sowjetregierung hinzuwirken, daß sie drei Viertel der Ausgaben für die erwähnten Abordnungen auf

ihre Schultern nimmt und es den internationalen Millionären überläßt, nur ein Viertel der Unkosten zu bestreiten.

gen. Lenin.“

Für Deutschland dürfte wohl die Entsendung einer solchen Deputation nicht mehr nötig sein. Die Aussagen der 80 aus Kolumna zurückgekehrten deutschen Auswanderer, deren Zugehörigkeit zum Proletariat Lenin wohl nicht bestreiten wird, genügen vollkommen. Allerdings ist uns nicht bekannt, daß Lenin diesen bis auf Hemd ausgeplünderten Leuten drei Viertel ihrer Unkosten erlegt hätte!

Davon abgesehen, ist die Erklärung Lenins ein köstliches Dokument für den päpstlichen Unsehbarkeitsdünkel Moskaus. Nur ein Diktum, das mit brutaler Gewalt herrschen und nicht überzeugen will, kann Fremde darüber ähnen, daß es nicht einmal imstande ist, bei Leuten moralische Eroberungen zu machen die sich so gern moralisch hätten erobern lassen, wie Crispian und Dittmann.

Für die Einreise der russischen Gewerkschaftsdelegation.

Die Regierung hat, wie schon berichtet wurde, einem Teil der russischen Gewerkschaftsdelegation die Einreiseerlaubnis bisher verweigert und zwar handelt es sich um die russischen Gewerkschaftsvertreter der Textilarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter und der Angestellten. Um auch für diese Delegierten die sofortige Einreise zu erwirken, ist eine Deputation, bestehend aus den wichtigsten deutschen Arbeitergewerkschaften und einem Kassa-Vertreter, beim Außenminister Simons vorstellig geworden. Es wurde in einer eingehenden Aussprache nachdrücklich darauf verwiesen, daß die russische Delegation, die sich aus den wichtigsten Berufsgruppen zusammensetzt, nur vollständig ihre Aufgabe eines Meinungsaustausches über die großen Wirtschaftsprobleme erfüllen könne. Der Minister hat eine beschleunigte Entscheidung in Aussicht gestellt.

Die Lüge über Russland.

Wie ein Reis in der Reichsregierung felsen die Enthüllungen Dittmanns über die wirklichen Zustände im kommunistischen Dorado Russland in den Garten der Kommunisten. Man versucht daher mit allen Mitteln, seine „Wahrheit über Russland“ zu vertuschen, indem man eine neue Lüge über Russland in die Welt setzt. Wiederholtend für den Kommunismus wirkten schon die Enthüllungen Dittmanns, noch niederschmetternder aber die einfachen Erzählungen der aus Russland zurückgekehrten Arbeiter, und so versucht man nun nach bewährtem Rezept diese als Plauer, Verräter und Konterrevolutionäre hinzustellen. Zu diesem Zweck verbreitet man in den Berliner Betrieben eine Resolution, die angeblich von deutschen, in Russland eingewanderten Industriearbeitern in Golluthin, Bezirk Kolumna, beschlossen worden ist.

Die hier in Golluthin, Bezirk Kolumna beschäftigten Industriearbeiter aus Deutschland, Ortsgruppe Homburg, Berlin und Leipzig, sind entsetzt über das Benehmen und Verhalten der uns wieder verlassenden, nach Deutschland zurückkehrenden Genossen von 80 Mann, die am 12. Juli als Stoktrup Deutschland verließen, um Russland wirtschaftlich helfend anzubauen.

Sie sind überreut, daß diese Genossen den guten Ruf der russischen Sowjet-Regierung mit allen ihnen zu Gebote stehenden, unehrlichen Waffen bekämpfen werden, mit Hilfe der verschiedensten Pressen der Reaktion.

Diese Ueberzeugung entspricht den hier gemachten Erfahrungen wie folgt:

1. Verweigerung der Arbeitsaufnahme.
2. Sabotierung aller fortschrittlichen Aufbauarbeiten.
3. Absichtliche Zerplitterungsverluste.
4. Beeinträchtigung aller in Arbeit stehenden dadurch, die den guten Willen zeigenden Genossen von der Arbeit fernzuhalten.
5. Vor einem Vertreter der russischen Regierung abgegebene Drohung während der Verhandlung wie folgt:
Um die Rückförderung zu erwirken, alle Gewaltmittel anzuwenden; als letzten Versuch die kapitalistische Regierung aufzufordern, mit der äußersten Gewalt ihre Forderung zu erzwingen.

Das ganze Benehmen und die Art ihrer Handlungsweise, deren sich die Zurückkehrenden bedienen, zeigte den Maßstab der äußersten Reaktion.

Gebt hiermit im Auftrage unserer hier in Golluthin bleibenden 41 Genossen die Erklärung ab, daß alle revolutionären Bande mit diesen nach Deutschland zurückkehrenden Genossen zerrissen sind, da wir uns der Tragweite ihrer verhängnisvollen Handlungsweise voll bewußt sind.

Erklären durch diese Resolution die gesamte deutsche revolutionäre Arbeiterkraft hiervon in Kenntnis zu setzen, damit ihrem Konterrevolutionärem Treiben von vornherein der Boden genommen wird.

Unterschriften:

Karl Wlöh.
Karl Rath.
A. Lewin.
Paul Wälsch.

Siegel des Obersten Volksgurates in Moskau.

Wer diese Resolution aufmerksam durchliest, wird mit Recht ihre leaktime Geburt in Russland bezweifeln und wohl ihre Wäter in der bekannten Zentrale, die in Berlin für den Anschluß an Moskau arbeitet, suchen. Aber selbst, wenn sie in Moskau fabriziert sein sollte, so stammt sie sicher aus russischer Feder, wie der ganze Stil beweist. Wir können nicht glauben, daß diese Rettungsversuche den beabsichtigten Zweck erreichen, denn die große Mehrheit der deutschen Arbeiter ist heute schon der Ueberzeugung, daß nicht durch bolschewistische Methoden, sondern nur auf dem Wege, den die Sozialdemokratie bisher gegangen ist, das Proletariat Deutschlands und der ganzen Welt das hohe Ziel des Sozialismus verwirklichen kann.

Niedergeschrien!

Wir erwähnten schon, daß Frau Luise Zieh, die Sekretärin des Unabhängigen Zentralkomitees, in zwei Versammlungen überstimmt worden ist. Daß sie auch niedergeschrien wurde, geht erst aus einem Eingelände in der „Freiheit“ hervor. Dort schreibt nämlich Paul Schröder:

Viele Parteigenossen können sich noch immer nicht daran gewöhnen, auch dem Gegner die nötige Achtung zu zollen. Dies hatte sich wieder mal so recht in der letzten Generalversammlung des nennnten Distrikts gezeigt, wo es zu Szenen kam, die geradezu widerwärtig waren, und jedem die Lust zum Besuch der Versammlungen verderben müssen, der Interesse an der strittigen Frage hat. Daß es aber erst soweit kommen mußte, hat zum großen Teil die Leitung der Versammlung selbst verschuldet. Auf der Tagesordnung stand: „Wir und die Dritte Internationale.“ Referent Genosse Däumig.“ Allgemeine Verwunderung erregte es natürlich, daß kein Korreferent genannt wurde. Aus welchem Grunde das nicht geschehen war, will ich hier nicht untersuchen. Erst nach einer fürmlichen Geschäftsordnungsbekanntmachung wurde dem Antrage, der anwesenden Genossin Zieh das Korreferat zu übertragen, stattgegeben. Daß dadurch die Gemüter erregt wurden, wird selbst die Leitung nicht bestreiten wollen. Während nun der Genosse Däumig mit wenigen Unter-

brechungen sein Referat ausführlich halten konnte, hatte damit die Genossin Zieh kein Glück. Man wollte keine andere Meinung hören und unterbrach die Rednerin fortwährend. Nur mit Mühe und Not konnte die Genossin Zieh ihr Referat zu Ende bringen und bedankte sich zum Schluß noch bei der Leitung der Versammlung für die „gütige Unterbrechung“, die ihr zuteil wurde. Auffällig war aber, daß Genosse Däumig es nicht mal der Mühe für wert hielt, die Rednerin ein wenig zu beschwichtigen.

Nun, Genossen, wo soll das hin führen? Die Versammlungen werden abgehalten, um den Mitgliedern die nötige Aufklärung zu geben, damit sie sich selbst ein Urteil bilden sollen. Wer das nicht begreifen kann, der sollte hübsch zu Hause bleiben. Die eiserne Disziplin, die jetzt so vielfach verlangt wird, sollte vor allen Dingen in den Versammlungen gelübt werden, dann würden solche Szenen vermieden werden.

Ja, Paul Schröder hat immer noch nicht begriffen, daß die „kommunistische Zelle“ in der U. S. B. schon recht erheblichen Umfang angenommen hat und daß es ihr gar nicht darauf ankommt, die „nötige Aufklärung“ verbreiten zu lassen, sondern den ständischen Terror in die Praxis umzusetzen. Uebrigens, als die Erben Unabhängigen noch die sozialdemokratischen Versammlungen sprengten, fand man das ganz in der Ordnung, jetzt aber, da sich die Geister nicht mehr bannen lassen, die man gerufen, schreit alles Ach und Weh!

Eine Konferenz der Vertrauensleute der Mannheimer U. S. B. hat sich mit 83 gegen 47 Stimmen für den Anschluß an die Dritte Internationale ausgesprochen. Eine Parteiversammlung, die sich mit der gleichen Frage beschäftigte konnte nicht zu Ende geführt werden.

Waffenschiedungen im Lockstädter Lager.

Trotz aller Versicherungen der Regierungsstellen, daß die Militärsiedler im Lockstädter Lager friedliche Leute seien, die nichts Böses im Schilde führten, bleibt es Tatsache, daß vom Lockstädter Lager aus ein umfangreicher Waffenschmuggel getrieben wird. So gelang es am Sonntag, den 5. September, vier komplette schwere Maschinengewehre, 22 Karabiner, zwei Pistolen, fünf Seitengewehre und über 11000 Schuß Munition zu beschlagnahmen, die unter einer Wohnbaracke der Soldatensiedler vergraben waren und durch einen Scheinverkauf von einem Beamten des Reichswehrministeriums herausgelockt wurden. So diese Waffenschiedungen liegen, werden auch noch mehr zu finden sein; allerdings werden die Siedler schwerlich so töricht sein, sie den besuchenden Ministern und Beamten gerade vor die Nase zu legen. Das Mißtrauen gegen diese Soldatensiedler ist und bleibt also voll und ganz berechtigt.

Die verschobenen Zuckerscheine.

Die Reichszuckerstelle schreibt und:
„In der Abendausgabe Ihrer Zeitung vom 14. September brachten Sie unter der Ueberschrift: „Die verschobenen Zuckerscheine“ die Mitteilung eines früheren, im Ueberwachungsdiens der Reichszuckerstelle beschäftigten Lebers, in welcher unter anderem darauf hingewiesen wurde, daß noch heute durch die Firma J. Kosterly, Berlin O., Krautstr. 4-5, die Verteilung von Zuckern für die Bevölkerung erfolgt. Die Reichszuckerstelle legt demgegenüber auf die Feststellung Wert, daß die Auswahl der mit der Verteilung des Mundzuckers für die bürgerliche Bevölkerung zu betreuenden Kaufleute Sache der einzelnen kommunalverwaltungen ist, sie also auch auf die weitere Beteiligung der Firma J. Kosterly bei der Zuckerverteilung keinen Einfluß hat.“

Die Brüsseler Konferenz.

Havas berichtet aus London, daß an der Brüsseler Finanzkonferenz am 24. September alle Staaten einschließlich der Vereinigten Staaten durch je drei Delegierte vertreten sein werden. Deutschland, Oesterreich und Bulgarien werden eingeladen, Delegierte zu entsenden, die aber nur beratende Stimme haben sollen. Dazu meldet BVA, daß nach der amtlichen Einladung des Völkerbundes eine Beschränkung der Rechte der Delegierten von Deutschland, Oesterreich und Bulgarien gegenüber den Delegierten der anderen Länder in keiner Weise erwünscht ist.

In 14 Tagen soll, wie „Elclair“ aus Aix-les-Bains meldet, in Biarritz auf Vorschlag der französischen Regierung eine Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George stattfinden.

Nach dem „Temp“ wird sich die Vorkonferenz mit Schadenersuchansprüchen an Deutschland wegen der Anhaltung eines neutralitätswidrigen Transports auf dem Nordostseeanal befassen.

Wir wollen vorläufig doch nicht hoffen, daß man durch Erpressung verfahren wird, und zur Durchsicherung unserer Neutralität zu zwingen.

Nach Breslau — Landau.

Während der Anwesenheit Millerands in Landau wurden in der Nacht zum 9. September französische Bahnen abgerissen und die Fahnenspitzen zerbrochen. Der Bürgermeister hat 1000 M. Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Die italienische Bewegung.

Im Generalrat des Verbandes der Industriellen zeigten sich bei der Prüfung der Arbeiterverordnungen mehrere Strömungen. Donnerstag soll weiter beraten werden.

Die Leitung der Popolari (Christl. Sp.) forderte die Regierung auf, einen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildeten Ausschuss zu ernennen, der die wirkliche Lage der italienischen Industrie prüfen soll.

Riga.

Dienstagabend ist die bolschewistische Delegation in Riga eingetroffen. Die polnische Abordnung ist von Warschau nach Danzig abgereist, um von dort auf einem britischen Kriegsschiff weiterzufahren. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß das Zusammentreffen der polnischen und litauischen Delegierten verschoben worden sei, da die polnischen Delegierten in Warschau geblieben seien.

Der Brangel-Armee wird in einem Sowjetauftrag Strafschickung für Kampfeinstellung und Ueberlauf zugesichert.

Ein Peterburger Blatt, natürlich ein bolschewistisches — andere gibt's ja in Idealrußland nicht! — berichtet von phantastischen Plänen des verlassenen Skoropadsky, eine Armee aufzustellen und seinen königlich preussischen Thron wieder aufzurichten.

Proteststreik für Eisenberger. Die Münchener Kommunisten beschuldigen als Einspruch gegen die Verfassung des Abgeordneten Eisenberger für Freitag einen zweistündigen Ausstand vorzubereiten, in den auch die lebenswichtigen Betriebe, vor allem die Bergwerke, einbezogen werden sollen.

Selbsttätigkeit mit den englischen Bergarbeitern gelobten die Delegierten der kanadischen Bergarbeiter.

Wirtschaft

Zum Rückgang der Valuta.

Wir haben die zahlreichen Ursachen, die an dem starken Rückgang unserer Valuta beteiligt sein können, bereits aufgeführt. Heute werden uns folgende Ausführungen zur Verfügung gestellt:

Die rasche Abwärtsbewegung der Mark, die in den letzten Tagen beobachtet wurde, wird aus naheliegenden Gründen vielfach auf Ursachen zurückgeführt, die nicht stichhaltig sind. So ist es z. B. durchaus unwahrscheinlich, daß die Kurst für den Zwangsanleihe und der schlechte Stand der Reichsfinanzen auf die Bewegung der Devisenkurve den entscheidenden Einfluß ausüben, den man ihnen beizumessen pflegt. Die Lage der Reichsfinanzen war dem Ausland niemals verborgen und hat sich nicht mit einem Male plötzlich verschlechtert, und der Plan einer Zwangsanleihe ist schon seit mehreren Monaten das Gespräch der interessierten Finanzkreise. Gewiß drücken diese Momente auf die Nachfrage nach Mark. Warum sollte aber jetzt auf einmal der große Ruck der Mark aus Gründen einsetzen, die schon seit langem wirksam sind? Viel mehr Wahres ist wohl an der Annahme, daß neuerdings die Devisen- und Notenbanknotizen den Kurs der fremden Wechsel in die Höhe treiben. Aber man geht fehl, wenn man glaubt, daß es sich hier nur um Leute handelt, die ihr Kapital aus der unsicheren deutschen Münze in fremde Geldsorten umschlagen. Wer sind die anderen? — Doch nur Leute, die Devisen gebrauchen können! Man rede doch bei der Behandlung der Valuta nicht immer mit Finanzmännern, wie der von dem „Vertrauen des Auslandes“, einander vorbei. Das schärfste Vertrauen der ausländischen Marktinteressen nützt und wenig, solange die deutsche Notendrücke das Markangebot vermehrt. Nun tauchen, wie jedesmal beim Fallen der Mark, so auch jetzt, Meldungen auf, wonach an ausländischen Börsenplätzen große Markbeträge auf den Markt geworfen worden.

Welches sind nun die nächstliegenden Gründe für den jetzigen Tiefstand der Mark? Der sorgsame Beobachter der Wirtschaft weiß, daß bis vor kurzem die Devisenabgabe der Reichsbank aus den durch die Devisenbeschaffungsmittel gesammelten Beständen den Kurs der Mark vor geringeren Stößen bewahrt haben. Nun läßt sich seit einiger Zeit feststellen, daß insbesondere Hamburger und Kölner Einfuhrfirmen mit einem erheblichen Devisenbedarf rechnen und fremde Wechsel anlaufen. Dieser verstärkten Nachfrage scheint das „Zettelpolster“ des deutschen Valutabestandes nicht mehr voll genügen. Woher kommt aber der Devisenbedarf der Importeure? Es ist bekannt, daß das Reichsernährungsministerium die Einfuhr von Käse, Eiern, Gemüse und Obst freigegeben hat. Wirft sich schon hierbei die Frage auf, ob man die Einfuhr von Käse nicht besser bei Anknüpfung des ausländischen Staatskredits geregelt hätte, und warum wir uns an Gemüse und Obst überlaufen lassen, während es an hochwertigen Nahrungsmitteln, wie Getreide, noch immer fehlt, so kommt hinzu, daß nun auch die Weizeinfuhr freigegeben worden ist und daß die Einfuhrfreiheit für Schmalz, Oelfrüchte und Ölinge durch einen Beschluß des Volkswirtschaftlichen Reichsausschusses gegen die sozialistischen Stimmen in nahe Aussicht gestellt ist. Das Reichsernährungsministerium, dessen jetziger Leiter Herr Hermes, steht diesen Plänen natürlich sympathisch gegenüber.

Wald müssen bei dieser Entwicklung die Preise für Einfuhrlebensmittel und Rohstoffe steigen. Die Preise einer zielbewußten monetarischen Aufbahrung gehen der deutschen Wirtschaft verloren und stehen ein paar fruchtlosen Spekulationen zu. Was sich jetzt am Devisenmarkt abspielt, wo sich die Händler beim Erwerb der fremden Zahlungsmittel planlos überbieten, ist nur ein Vorspiel für ihre Tätigkeit am Weltmarkt, wo sie sich ebenfalls auf Kosten des Verbrauchers gegenseitig die Ware abjagen und die Preise in die Höhe treiben werden. Es ist ernsthaft zu befürchten, daß das Volk die Folgen der unglückseligen Leitung der Ernährungsverwaltung am eigenen Leibe spüren wird. Der „Vorwärts“ hat unausgesprochen auch für die Einfuhr die starke Organisation gefordert. Die bürgerliche Regierung scheint aber die Warnungen in den Wind geschlagen zu haben.

Zur Lage auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt.

Der am 1. August vorgenommene weitere Abbau der Inlandpreise für die Eisen- und Stahlerzeugnisse hat, wie die „Telegraphen-Union“ meldet, im Monat August die erwartete Belebung des Inlandmarktes nicht gebracht. Eisenhandel und Verbraucher verharren in Zurückhaltung und der Absatz im Inland stottert daher noch vollkommen. Dies hatte zur Folge, daß es den Werken an Arbeit mangelt und die vorkommenden Geschäfte stark unstritten wurden. Dazu machten sich überall die Folgen des Kohlenabkommens von Spa bemerkbar, so daß an vielen Stellen Betriebs-einschränkungen vorgenommen werden mußten. Um sich die unbedingt notwendige Beschäftigung zu sichern, waren die Werke dabei gezwungen, der Ausfuhr härter als bisher nachzugeben. Aber auch im Auslande konnte bisher nur soviel Material untergebracht werden, als erforderlich war, um den nötigen Kautschukbestand zu halten; denn das Ausland stellte in der Hoffnung auf weitere Preisrückgänge die Aufträge teilweise zurück.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung.

Das Reichsarbeitsministerium hat im März dieses Jahres einen vom Referenten des Ministeriums ausgearbeiteten vorläufigen Entwurf einer Schlichtungsordnung den obersten Reichsbehörden und den Regierungen der Länder sowie den beteiligten Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorgelegt. Dieser Entwurf ist im April mit Vertretern der Reichsministerien und der Regierungen der Länder, mit Demobilisierungskommissaren und Vorsitzenden von Schlichtungsausschüssen sowie mit den zentralen Arbeitsgemeinschaften und den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besprochen worden. Bei der Besprechung des Entwurfs mit den beteiligten Verbänden war angeregt worden, zur eingehenden Durchberatung des Entwurfs eine aus 18 Mitgliedern bestehende, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzte Kommission einzusetzen. Die Kommission hat inzwischen die Beratung des Entwurfs begonnen. Die erste Sitzung, die am 6. September stattgefunden hat, wurde durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eröffnet. Die Arbeiten der Kommission, denen der vom Reichsarbeitsministerium im Mai dieses Jahres gedruckt veröffentlichte Referentenentwurf als Grundlage dient, nehmen guten Fortgang, sobald sie voraussichtlich in Kürze abgeschlossen werden können. Hierzu tragen die wertvollen Vorkarbeiten des sozialpolitischen Ausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft gewerblicher und industrieller Arbeitgeber und Arbeitnehmer wesentlich bei, der eine Reihe von Richtlinien für die Neuorganisation des Schlichtungswesens aufgestellt hat. Es darf hiernach angenommen werden, daß der endgültige Gesetzentwurf noch vor Ende des Jahres von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Denkschrift über die Lage des Arbeitsmarktes.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: In der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages am 2. d. M. hat der Reichsarbeitsminister eine Denkschrift des Reichsamts für Arbeitsvermittlung über die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland überreicht. Die Denkschrift behandelt in zusammenhängender Darstellung den Umfang der Arbeitslosigkeit, welche mit einer Unterstützung aus öffentlichen Mitteln verbunden ist, sowie den weit größeren Umfang der Arbeitslosigkeit überhaupt. Sodann werden die Gründe für das Mangelangebot an Arbeitskräften auf zahlenmäßigen Unterlagen erörtert. Ferner wird auf den Mangel der Arbeitsmöglichkeiten in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr hingewiesen und die erfreuliche Zunahme der Arbeiterkraft in Landwirtschaft und Bergbau trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten hervorgehoben. Endlich gibt die Denkschrift Aufschluß über die Maßnahmen der produktiven Erwerbslostenhilfe und ihre Grenzen.

Bei dem Interesse, das die Denkschrift in weiten Kreisen findet, ist die große Zahl der Abdrücke bereits vergriffen. Die Denkschrift wird jedoch in der Oktobernummer des Reichsarbeitsblattes, welches nunmehr als Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung in völliger Umgestaltung erscheinen wird, zum Abdruck gelangen. Bestellungen sind an den Verlag Reimar Hobbing, Wilhelmstr. 30/32, zu richten.

Der Streik der Kohleleger und Helfer beendet.

Am Dienstag verhandelte ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Schlichtungsausschuss über die Forderungen der Streikenden. Die Verhandlungen führten zur Fällung eines Schiedsspruchs. Danach sind vom 1. September ab folgende Stundenlöhne einschließlich Feuerungszulage zu zahlen: Kohleleger 6,25 M., Junggeleien 6,06 M., Beheizer 5,95 M., Helfer 5,90 M. — Für den Fall der Annahme des Schiedsspruchs soll ein schon vorher mit den Arbeitgebern vor dem Demobilisierungskommissar getroffenes Abkommen in Kraft treten, wonach für die Zeit vom 16. Juli bis 31. August Löhne zu zahlen sind, die um je 20 Pfennig niedriger sind als die im Schiedsspruch festgesetzten. Der Schiedsspruch erhöht die Landzulage auf 18 Mark bei Arbeiten über 6 Tage und auf 20 Mark bei Arbeiten unter 6 Tagen. Auch in der Ferienfrage ist eine Verbesserung eingetreten. Der unter diesen Bedingungen abzuschließende Tarifvertrag soll bis 31. März 1921 gelten.

Der Arbeitgeberverband hat die Annahme des Schiedsspruchs beschlossen.

Einer am Mittwoch nachmittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde der Schiedsspruch zur endgültigen Entscheidung vorgelegt, nachdem schon vorher die Streikleitung und die Vertrauensmänner über denselben abgestimmt hatten. Wie der Referent dieser Mitteilung empfiehlt die Mehrheit der Streikleitung die Annahme des Schiedsspruchs, während ihn die Vertrauensmänner mit 54 gegen 40 Stimmen abgelehnt haben. Viele trat für die Annahme ein, indem er unter Würdigung aller in Frage kommenden Verhältnisse zu dem Schluß kam, daß die Fortsetzung des Streiks sich der öffentlichen Meinung gegenüber nicht mehr würde rechtfertigen lassen. Wenn auch das, was der Schiedsspruch bietet, keineswegs befriedigend, so sei es doch gelungen, die von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen abzuwehren und bis zum 31. März 1921 zu erhalten, die 60 Pf. höher seien wie vor dem Streik.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde in geheimer Abstimmung mit 1302 gegen 194 Stimmen beschlossen, den Schiedsspruch anzunehmen. Die Arbeit wird heute aufgenommen.

Der Konflikt im Zentralverband der Angestellten.

Der Ausschluß von sechs Mitgliedern der Opposition wurde am Dienstag in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes im Geschäftsbericht des Vorsitzenden Cohn ausführlich behandelt und die Diskussion über diese Angelegenheit füllte den ganzen Abend aus. Wie Cohn ausführlich mit der Ausschlußanfrage aus Mitgliedschaften gestellt. Die Ortsverwaltung hat dem Antrag durch Reichsratsbescheid zugestimmt, ihn an den Hauptvorstand übermitteln, der den Ausschluß der sechs Mitglieder beschlossen hat. Die Ausschließungen haben sich dann an den Verbandsausschuß gewandt, der ihnen Gelegenheit gab, ihre Angelegenheit bei ihm durch zwei Beauftragte persönlich zu vertreten. Auch der Ausschluß hat dem Verbandsausschuß zugestimmt. Den Ausschließungen steht nun noch die Beratung an den nächsten Verbandstag zu. Der Grund des Ausschlusses ist nach Angabe des Referenten der, daß die Ausschließungen in der Frage der Betriebsräteorganisation den für den Zentralverband maßgebenden Aa-Beschlüssen entgegenhandeln, indem sie sich auf die Seite der Betriebsrätezentrale Münzstraße stellen und deren Bestrebungen im Gegensatz zur Aa und dem Zentralverband propagieren. Nicht daß die Ausschließungen der Opposition angehören, sondern daß sie den Beschlüssen der eigenen Organisation zuwiderhandeln, was sich keine Organisation gefallen lassen könne, sei der Grund des Ausschlusses.

Dagegen behaupteten die Redner der Opposition, die in der Diskussion sprachen, durch den Ausschluß der sechs habe die Verbandsleitung der Opposition den Kopf zu nehmen und sie dadurch lahmzulegen geglaubt. Der Ausschluß habe aber für den Verband mehr Schaden angerichtet, wie das Austritt der Ausschließungen habe hervorzurufen können. In der Sache selbst seien die Ausschließungen im Recht, denn die Haltung der Aa in der Betriebsrätefrage bedeute eine Trennung der Angestellten von den Arbeitern, die im Interesse der einheitlichen Arbeiterbewegung verhindert werden müsse.

Ein Antrag der Opposition, der den Ausschluß beurteilt und den Mitgliedern der Ortsverwaltung, die für denselben gestimmt haben, sowie dem Hauptvorstand ein Mißtrauensvotum auspricht, wurde mit 198 gegen 96 Stimmen abgelehnt. — Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, der die Aufhebung des Ausschlusses durch den Verbandstag fordert, wurde mit 159 gegen 144 Stimmen abgelehnt. — Angenommen wurde mit 161 gegen 138 Stimmen ein Antrag Jakobowich, der besagt, daß die Entscheidung über den Ausschluß beim Verbandstag liegt, an den sich die Ausschließungen gewandt haben, und daß, da der Ausschluß statutenmäßig erfolgt ist, die Delegiertenversammlung das fortwährende Auftreten der Ausschlußfrage als die Verbandsfähigkeit hindernd mißbilligt.

Stillelegung des Reichswerkes Reichertshofen.

Von Vertretern der Arbeiterschaft des Werkes Reichertshofen bei Ingolstadt geht und die Nachricht zu, daß die Direktion des Werkes beabsichtigt, das ganze Werk vollständig stillzulegen. Die schriftliche Kündigung, die den Schwerföhrungsbeschädigten bereits zugestellt wurde, lautet, daß die Stilllegung wegen Mangel an Arbeit erfolgt. Die Begründung entspricht nicht den Tatsachen, denn das Werk ist seit einem Jahr mit Reparaturen von Eisenbahnwagen beschäftigt. Die für die Vergebung dieser Reparaturen zuständige Eisenbahndirektion München versichert, daß Reparaturen auf längere Zeit vorliegen, die bei Weiterführung des Betriebes jederzeit der Abteilung Reichertshofen überwiesen werden, zumal die bisherigen Arbeiten der Abteilung durchaus befriedigt haben. Auf eine Vorstellung der Vertreter der Arbeiterschaft, daß doch der Wagonbau auch weiterhin existenzfähig sei, erklärte die Direktion in Ingolstadt, die Stilllegung des Werkes müsse erfolgen, sonst könne das Werk nicht verkauft werden.

Daß über diese Vorgänge unter der Arbeiterschaft große Empörung herrscht, kann man begreifen. Von Seiten der Reichsregierung werden Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit getroffen und hier wird ein Reichsbetrieb stillgelegt und die Existenz von Hunderten von Arbeitern in Frage gestellt. Die in Frage kommenden Stellen werden hoffentlich dafür sorgen, daß Experimente zum Schaden der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit verhindert werden.

Der Streik in der Berliner Stickerbranche ist beendet. Die Arbeitgeber machten noch weitere Zugeständnisse, um einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß aus dem Wege zu gehen. Es wurde vereinbart, daß die jetzt beschlossenen Löhne nur bis zum 15. November gelten und dann weitere Lohnsteigerungen eintreten sollen, in der Voraussetzung eines regulären Geschäftsganges.

Zentralverband der Angestellten. Jahrgruppe 3a (Kriegsorganisationen). Mitgliederversammlung 16. Sept., nachm. 5 Uhr, Schwarzer Adler, Schöneberg, Daulstr. 144. — Jahrgruppe 3b. Monatsversammlung 16. Sept., abends 7 Uhr, Schulanstalt des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstraße 15. — Jahrgruppe 14a (Reichswehrangehörige). Die für Donnerstag, abends 7 Uhr, in Döberlandstr. 10 abendliche Mitgliederversammlung findet nicht statt. Näheres wird bekanntgegeben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Expedition: Betriebsräte, Obleute sowie sämtliche Funktionäre aus den Betrieben Berlin, Holzschlenderstraße am Sonnabend, 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Leiter: Gerlach. — Sonntag, 10 Uhr, bei Frau, Tager Weg 97, Holzschlenderstraße. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen jedes Kollegen notwendig. Die Brancheneitung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt. Mäßig warm, im Nordwesten etwas Regen, sonst meist trocken.

Verantwortlich für den Inhalt: Zell: Dr. Werner Pöcher, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Otergu 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

6845 Paar
billige
 Strapazierstiefel
 geben eingetroffen
Peiser



Herren-Stiefel	128,- ⁵⁰
Knaben-Stiefel	98,- ⁵⁰
Mädchen- u. Knaben-Stiefel	76,-
Kinder-Stiefel	66,-

moderne breite Form
 Größe 36-39
 Größe 31-35
 Größe 27-30